



Ahmed VELAZQUEZ

Teilnehmer am Kongreß "Die Nation und die Emigration" begrüßen die Reiseerleichterungen für Auslandskubaner

Kuba erleichtert die Reisebestimmungen für Emigranten - Bush verschärft die Blockade

- Vom 1. Juni an brauchen die Kubaner, die im Ausland wohnen, kein Einreisevisum mehr • Stipendien für Kinder der Auslandskubaner
- USA stellen weitere 59 Millionen Dollar bereit, um die Revolution zu zerstören
- Breite Ablehnung der Beschränkungen von Reisen und Geldsendungen in Florida

Seiten 4 bis 9

Langanhaltende Trockenheit zwingt zu Notmaßnahmen

Seite 3

Wir kämpfen auch für die Einheit und Unabhängigkeit Europas

• Erklärung zum Gipfel Lateinamerika und Karibik - EU

Seite 10

CHÁVEZ: Die bolivarianische Revolution ist antiimperialistisch

Seite 15

CIA fälschte Video über die Enthauptung eines US-Amerikaners, um von eigenen Greueln abzulenken

Seite 13

Die Insel kämpft weiter um die Ausrichtung von Olympischen Spielen

Seite 12

Granma
INTERNACIONAL

ZEITUNG AUS KUBA UND
LATEINAMERIKA

Deutsche
Ausgabe

Avenida General Suárez y Territorial.
Plaza de la Revolución Jose Martí,
Apartado Postal 6260, La Habana 6,
Cuba. C.P. 10699
Tel: 881-6265 / 881-7443
Zentrale: 881-3333 App. 23 und 381

E-MAIL:
informacion@granma.cip.cu

GENERALDIREKTOR

Frank Agüero Gómez

CHEFREDAKTEUR

Gabriel Molina Franchossi

STELLVERTRETER

Miguel Comellas Dopico

INFORMATIONSCHEF

Joaquín Oramas Roque

LEITER DER REDAKTION

Gustavo Becerra Estorino

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Orlando Gómez Balado

PRODUKTIONSCHEF

Migdalia Hardy Mengana

TEAMCHEFS

Layout

Orlando Romero Fernández

Tel. 881-6021

Deutsche Ausgabe

Hans-Werner Richert

Tel. 881-6021 / 881-1679

Spanische Ausgabe

Gustavo Becerra Estorino

Englische Ausgabe

Angie Todd

Tel. 881-6054 / 881-1679

Französische Ausgabe

Annie Massaga

Tel. 881-L679 / 881-6054

Portugiesische Ausgabe

Miguel Angel Alvarez

Tel. 881-6054 / 881-1679

Italienische Ausgabe

M. U. Gioia Minuti

Tel. 832-5337 / 888-6265

Vertrieb und Abonnements

Miguel Domínguez Hernández

Tel. 881-9821

Druck

Zeitungsverlag Granma,
Havanna Kuba

NACHDRUCK

Brasilien

Cooperativa de trabalhadores em
Serviços Editoriais e Noticiosos Ltda. Rua
Regente Feljo, 49-2º andar CEP
20.060 Rio de Janeiro Tel. (021)
242-3430 Fax (021) 242-1320

Kanada

ANPO

P.O.Box 156, Station A Toronto,
Ontario, Canada M5M 2T1
Anzeigen und weitere Information:
Te./Fax (416) 253-4305

WEBSITE INTERNET

<http://www.granma.cu>

ISSN 0864-4624

In Würde alt werden

MARÍA VICTORIA VALDÉS-RODDA
- Granma Internacional

"Oh, mein Alter, die reinsten meiner Freuden! Meine Kinder und meine Enkel, mein weißes Haar und mein weißer Bart. Meine Freigebigkeit, Ruhe, Erhabenheit nach dem langen Lebensweg!"

Walt Whitman
"Das Lied der Freuden"

• "VORURTEILE gegen das Alter" ist der Titel einer ergreifenden Vorlesung des weltbekannten brasilianischen Priesters und Sozialaktivisten Frei Betto, mit der er voriges Jahr auf die zunehmende Vernachlässigung aufmerksam machte, in der in Lateinamerika alte Menschen aus Mangel an Einkommen und aufgrund sozialer Isolierung leben müssen. Lindnerungen für dieses traurige Phänomen zu finden, ist für diesen Mann, der heute Berater des Präsidenten ist, eine ehrenvolle Aufgabe.

"Die Kampagne der Brüderlichkeit will uns zur Achtung der Würde der Alten veranlassen und schlägt vor, ihnen zu helfen, Hoffnung zu schöpfen. Politisch gesehen bedeutet das, die gesellschaftlichen Mittel zu vervielfältigen, die ihnen Mobilität und Rechte geben." Diese Worte sagte Betto am 17. März 2003, als er auf eine Reihe von Kirchenaktionen hinwies, die diesen "Alptraum" mildern sollten.

Aber er selbst gibt zu, daß Wohltätigkeit nicht immer "Wunder wirkt". Lateinamerika braucht außer umfassenden Programmen zur Betreuung des sogenannten dritten Alters auch politischen Willen. Und der gerade fehlte in den mehr als zehn Jahren des Neoliberalismus.

DIE LEBENSERWARTUNG IN LATEINAMERIKA WIRD SICH IN 25 JAHREN DEM DURCHSCHNITT EUROPAS ANGLEICHEN

Untersuchungen sowohl der Wirtschaftskommission für Lateinamerika, CEPAL, als auch der Panamerikanischen Organisation für



Der CEPAL zufolge sind in Lateinamerika nur zwei von fünf Stadtbewohnern von über 60 Jahren sozial abgesichert, auf dem Land sogar nur einer von fünf

Gesundheit, OPS, bestätigen die These der zunehmenden Lebenserwartung der Bevölkerung des Kontinents. 41 Millionen Menschen fallen unter diese Kategorie. 2050 werden sie ein Viertel der Bevölkerung ausmachen: 184 Millionen. Diese Perspektive fordert dazu auf, den schlimmsten Konsequenzen des Alterns vorzugreifen. Das geht nicht von allein. Die Bewußtseinsbildung des Staates wird immer dann zu einer unerläßlichen Voraussetzung, wenn das Thema aus einer regionalen kasuistischen Sicht behandelt wird.

Der kubanische Spezialist in der panamerikanischen Einrichtung, Enrique Vega, mißt dem strategischen Herangehen an die Prävention große Bedeutung bei: "Die Regierungen unserer Länder müssen lernen vorzusehen, auf lange Sicht bedeutet das eine große Einsparung im Gesundheitswesen. Außerdem unterscheiden sich die Charakteristika von Umwelt und Gesellschaft sehr von denen anderer Teile der Welt. Darum können wir nicht einfach die angelsächsischen Erfahrungen übernehmen, denn deren Lebensweise im Alter hat mit der unseren nichts gemein, und die

meisten Situationen sind nicht übertragbar."

FRAUEN UND STÄDTE: ZWEI PROBLEMKREISE

Die Studie der OPS über die zunehmende Lebenserwartung in Lateinamerika und der Karibik vom Januar 2004 besagt, daß 60% unserer alten Menschen Frauen sind, die zudem noch in Städten leben. Dort hat die große Mehrheit von ihnen nicht die geeigneten Bedingungen, um ein harmonisches Leben zu führen. Sie haben gegen die Anonymität der Städte, die Unzulänglichkeiten der öffentlichen Dienste, den Wohnungsmangel und andere negativen Faktoren zu kämpfen.

Aber trotz der Tendenz, sich auf die Ballungsgebiete zu konzentrieren, müßten, nach Meinung der OPS, Bolivien, Kolumbien, Ecuador, Peru und Venezuela ihre Aktionen auf dem Land intensivieren.

In Argentinien, Brasilien, Chile, Mexiko, Paraguay und Uruguay leben zwei Drittel der alten Menschen Lateinamerikas und der Karibik. Hervorzuheben sind Brasilien und Mexiko, wo sogar 50% aller älteren Personen dieser Hemisphäre zu Hause sind.

Da es sich dabei um eine allgemeine Erscheinung und keine Ausnahme handelt, regt die Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur, UNESCO, an, die Politik des Einfluß auf die Dynamik und die Bildung der Bevölkerung nimmt genauer zu beobachten.

DAS PROFIL DER FÜRSORGE IST ZU VERÄNDERN

Die Aktionen allerdings nur auf den Bildungsbereich zu reduzieren, wäre ein zu einfaches und oberflächliches Rezept. Das wissen OPS und UNESCO, und anhand einer Umfrage über Gesundheit, Wohlstand und Alter (siehe Cambio/Cimac.com) weisen sie nach, daß die Hälfte der Bewohner über 60 Jahre in Lateinamerika und der Karibik alleingelassen sind.

Aber schlimmer ist noch, daß "alt sein bedeutet, arm zu sein, in einem Umfeld äußerster Armut: ständiger Ungleichheit und geringer sozialer Sicherheit". Man weiß auch, daß 40% der Männer und 8% der Frauen über 60 Jahre in der Region noch arbeiten, um überleben zu können.

Die alten Frauen und Männer viele von ihnen schon pensioniert sind umständehalber gezwungen informelle Arbeitsverhältnisse zu niedrigeren Löhnen zu akzeptieren, als sie Beschäftigte zwischen 50 und 59 Jahre normalerweise für die gleiche Arbeit erhalten.

An diesem Punkt hat die Gesellschaft schützend eingzugreifen. Aber das ist nur selten der Fall. José Miguel Guzmán, der zuständige CEPAL-Vertreter für Bevölkerung und Entwicklung erklärte der Agentur IPS gegenüber, daß "in Lateinamerika nur zwei von fünf älteren Stadtbewohnern Einkünfte aus der Rentenversicherung haben. Auf dem Land ist es sogar nur einer von fünf".

Für Argentinien zum Beispiel ist das Erreichen eines würdigen Alters eine große Herausforderung, der sich die Regierung Néstor Kirchner stellt. Neben vielen anderen Programmen fördert er ein neues Pensionsgesetz. In seinem Land gibt es infolge der strukturellen Krise von 1991 ca. 1.237.000 alte Menschen ohne jeglichen Schutz. 80% der Bevölkerung gehören einer armen Familie an, die ohne staatliche Hilfe auskommen muß. •

Rund 37.000 Informatikfachleute werden an den Universitäten und Technikerschulen ausgebildet

LILLIAM RIERA - Granma Internacional

• BIS 2003 wurden in Kuba 5.000 Informatikfachleute ausgebildet, teilte in Havanna der Vizeminister für Informatik und Kommunikation (MIC), Boris Moreno Cordovés, mit. Er versicherte, die Insel befinde sich heute, was die Anwendung der Informationstechnik betrifft, in einer ausgezeichneten Lage.

Aber "das Beste kommt erst noch", stellte er vor der Presse fest und informierte, daß in diesem Jahr ca. 7.000 Jugendliche an den Universitäten Informatik studieren und weitere 30.000 in Technikerschulen ausgebildet werden.

Moreno Cordovés stellte die "rationelle und geeignete" Anwendung der Ressourcen des Landes heraus, um in allen kubanischen Schulen Computerlehrgänge anbieten zu können, sogar in den abgelegenen Berggebieten, die manchmal nur einen einzigen Schüler haben.

Außerdem lobte er die Arbeit der ca. 300 Jugendklubs für EDV und Elektronik, "ein einmaliges Modell in der Welt", in denen sich Kinder, Jugendliche und Erwachsene in ko-

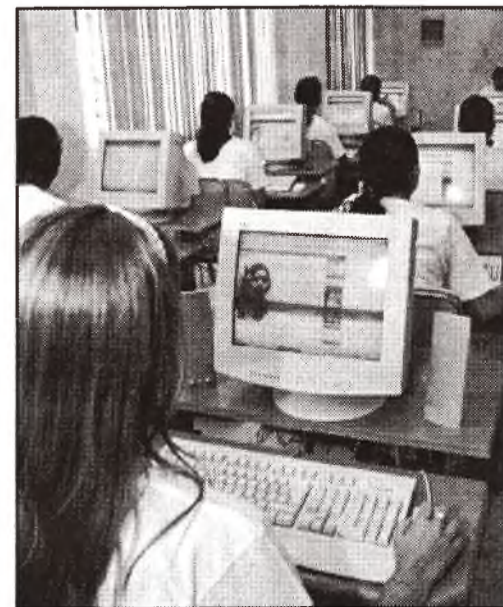
stenlosen Kursen mit der neuen Technik bekannt machen.

Der Vizeminister meinte, die vielen Aktivitäten und die große Anzahl von Fachleuten, die ausgebildet werden, lassen diesen Wissensbereich zu einem Motor für die wirtschaftliche Entwicklung Kubas werden.

Das Treffen mit den Journalisten fand am Vorabend der Eröffnung der 10. Internationalen Informatikmesse 2004 statt, die vom 10. bis 15. Mai in der kubanischen Hauptstadt tagte. An ihr nahmen ca. 1.600 Personen aus 37 Ländern teil.

Auf der Messe, während der zwölf verschiedene Veranstaltungen stattfanden, wurde das Projekt "Kuba, Informations- und Kommunikationstechnik für Alle" noch einmal vorgestellt. Die Delegation der Insel hatte es anläßlich des Weltgipfels über die Informationsgesellschaft im Dezember 2003 in Genf präsentiert.

Die Messe selbst zeigte anhand von exportfähigen Erzeugnissen und Leistungen die Kapazität und das Potential der Kubanischen Software-Industrie aus 32 nationalen Firmen zu Themen der Informatik in den Bereichen Medizin, Bildung, Automatisierung, Bürgerbetreuung und Multimedia. •



Notbauwerke gegen die langanhaltende Trockenheit im Osten

• Eine 50 km lange Rohrleitung wird vom Rio Cauto bis nach Holguín gelegt. Die Stadt leidet am stärksten unter dem Wassermangel

• DIE lang anhaltende Trockenheit in der Ostregion hat die Städte Holguín und Las Tunas besonders stark in Mitleidschaft gezogen. Dort werden derzeit Notarbeiten ausgeführt, um den Wassermangel zu lindern. Die ausbleibenden Niederschläge haben dazu geführt, daß fast alle Staubecken trocken sind bzw. einen sehr niedrigen Wasserstand aufweisen.

Ingenieur Jorge Luis Aspiolea, der Leiter des Nationalen Instituts für Wasserwirtschaft, äußerte *Granma Internacional* gegenüber, daß das wichtigste Vorhaben zur Linderung des Wassermangels der Bau einer 50 km langen Rohrleitung ist, die das Wasser aus dem Rio Cauto, dem längsten Fluß der Insel, zu den Stauseen bei Holguín führen wird, die wegen ihrer kritischen Lage die Stadt nicht mehr versorgen können. Die Talsperre Güirabo ist ausgetrocknet, die Stauseen Arroyo Güin und Gibara enthalten nur noch wenig Wasser.

"Zunächst wird die Leitung vom Rio Cauto aus die Talsperre Güirabo füllen und dann wird das Wasser von dort in die Aufbereitungsanlage für Trinkwasser von Holguín gepumpt", erklärte Aspiolea.

Die Rohrleitung soll im August fertiggestellt sein, so daß Holguín dann genügend und gutes Wasser haben wird, infolgedessen Aspiolea anlässlich der Eröffnung der 5. EXPOAGUA 2004, auf der 97 kubanische und ausländische Firmen Wassertechnik ausstellten.



Las Tunas ist eine der am stärksten von Trockenheit betroffenen Provinzen. Häufig werden, wie auf dem Bild, die Bewohner aus Tankwagen mit Wasser versorgt

Die im revolutionären Prozeß entstandenen Stauseen - heute sind es im ganzen Land 241 - haben verhindert, daß die Lage in den sechs Provinzen, von Camagüey bis Guantánamo, noch prekärer ist, erklärte er.

Die Wasserversorgungssysteme, die in Santiago de Cuba, der zweitgrößten Stadt des Landes, oder in Guantánamo und Bayamo gebaut worden sind, haben die durch den Niederschlagsmangel entstandenen Probleme mildern

können. In Manzanillo ist eine neue Rohrleitung gelegt worden.

Apiolea nannte das Beispiel des Kreises Pilon, im Süden der Provinz Granma, der ständig von Trockenheit geplagt wurde. Dort versorgt jetzt der Stausee Cilantro über eine 23 Kilometer lange Leitung die Bevölkerung und ermöglicht, daß die Äcker bewässert werden können.

In Las Tunas seien im April nur fünf Millimeter Regen gefallen, äußerte der Leiter des Nationalen Instituts für Wasserwirtschaft. In der Nachbarprovinz Granma wiederum wurden im gleichen Monat 112 mm gemessen. April ist schon immer ein trockener Monat gewesen, aber seit dem letzten Frühjahr liegt das Niederschlagsmittel in der Ostregion weit unter den historischen Werten.

Die hohen Temperaturen und starken Windböen führten in den letzten Monaten in dieser Gegend zu einer schnelleren Verdunstung des gestauten Wassers.

Somit traf man in Las Tunas eine Gruppe von Maßnahmen. Vom dem am nächsten liegenden Stausee wurde zum Beispiel eine Doppelleitung in die Stadt gelegt, um die doppelte Wassermenge aus dem See zu pumpen. Zudem wurden die Leitungssysteme der Stadt mit der Grundwasserquelle La Cana verbunden. Die Quelle ist die größte, die für die Wasserversorgung von Las Tunas genutzt wird.

In der zentral-östlichen Provinz Camagüey konzentrierten sich die Notlösungen auf die Bohrung nach Grundwasser, um in den Wohnvierteln Brunnen zu bauen. Leitungen wurden saniert und die Fabriken und Betriebe mit hohem Wasserverbrauch vom Versorgungsnetz der Stadt abgekoppelt. Sie werden ein eigenes System bekommen, um die Versorgung der Bevölkerung nicht zu beeinträchtigen. •

ZOOM

DELEGATION DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI CHINAS IN KUBA

• EINE Delegation der Kommunistischen Partei Chinas; angeführt von Wang Jiarui, dem Leiter der Internationalen Abteilung, stattete der Insel einen Staats- und Freundschaftsbesuch ab, wo er von Präsident Fidel Castro empfangen wurde. Die chinesische Delegation führte ebenfalls Gespräche mit Carlos Lage, dem Vizepräsidenten des Staatsrates, und mit Regierungsminister Ricardo Cabrisas. Die Delegation des asiatischen Riesen besichtigte die Lateinamerikanische Medizinschule, das Institut Finlay und das Institut für Neurowissenschaften.

WENIGER BRÄNDE IN DER HAUPTSTADT

• IN der Nationalen Woche zur Verhütung von Bränden wurde bekannt, daß im ersten Vierteljahr 2004 in der Hauptstadt der Insel 3,6% weniger Brandschäden entstanden waren als im Vorjahr, berichtet *Granma*. Die Tageszeitung informierte, daß die Brände 2003 um ca. 16,3% zurückgegangen und 15 Millionen Peso weniger Verluste zu verzeichnen waren als 2002. Von den 2003 ausgebrochenen 9.117 Bränden im gesamten Land kamen 2.769 in Haushalten vor, mehrheitlich verur-

sacht durch defekte Kerosinkocher. Zu beklagen waren 128 Brandopfer, von denen 37 starben. Die übrigen erlitten schwere Verbrennungen.

MUSEUM FÜR TELEKOMMUNIKATION EINGEWIEHT

• AM 17. Mai wurde in der kubanischen Hauptstadt das Museum für Telekommunikation eingeweiht. Es ist in der ehemaligen Telegraph and Telephone Company, Ecke Águila und Dragones, in La Habana Vieja untergebracht und hat von Dienstag bis Sonntag, von 9.00 Uhr bis 17.00 Uhr, geöffnet. Die Salons sind nach historischen Etappen unterteilt. Der Rundgang beginnt mit der Erfindung des Telefons und des Telegrafen und endet bei der Einführung des Funktelefons, schreibt *Juventud Rebelde*. Ausgestellt ist dort auch eine Replik des ersten Telefons, das Antonio Meucci, der Italiener erfand, der in Kuba Kranke mit Elektrizität heilte und die Grundlagen des Telefonwesens entdeckte.

BOLIVIANISCHE FLUGGESELLSCHAFT VERDOPPELT FLÜGE NACH KUBA

• DAS Flugunternehmen Lloyd Aéreo Boliviano (LAB), das zweitälteste Südamerikas, wird ab kommenden August seine Flüge nach Kuba verdoppeln. Ing. Gastón Mendizábal, der regionale Geschäftsführer dieser Andenlinie kündigte an, daß sie statt einem wöchentlichen Flug nunmehr zwei (Donnerstag und am Sonntag) auf der Strecke Santa Cruz de la Sierra - Panama - Havanna und zurück betreiben. Dabei werden Flugzeuge des Typs Boeing 757 mit je 180 Sitzplätzen eingesetzt, heißt es auf der Webseite von Cuba Visión Internacional. Mendizábal gab bekannt, daß die Linie beabsichtigt, in den nächsten

drei Monaten ein ständiges Büro in Havanna zu eröffnen. •

NEUER GESUNDHEITSMINISTER

• DAS Politbüro und der Staatsrat beschlossen auf Vorschlag von Präsident Fidel Castro José Ramón Balaguer Cabrera zum Gesundheitsminister zu ernennen. Er ersetzt damit Damodar Peña Pentón. In einer von der Tageszeitung *Granma* veröffentlichten Note heißt es, diese Ablösung entspreche der Bedeutung und der Intensität der Anstrengungen die derzeit das kubanische Gesundheitsprogramm innerhalb und außerhalb des Landes erfordere, und der Koordinierung der verschiedenen Institutionen unter denen das Gesundheitsministerium einer der wichtigsten darstellt. Balaguer Cabrera war als Mitglied des Politbüros in der Parteileitung bisher mit der Betreuung der Abteilungen Gesundheitswesen und Internationale Beziehungen befaßt.

BRANDURSACHE WIRD UNTERSUCHT

• BEI Redaktionsschluß dieser Ausgabe waren die Untersuchungen der Ursachen eines mittleren Brandes noch nicht abgeschlossen, der am 27. Mai im Gebäude der Rundfunksender Radio Progreso, Radio Habana Cuba, Radio Musical Nacional (CMBF) und Radio COCO ausgebrochen war. Auch die Schadenshöhe konnte noch nicht ermittelt werden. Es waren weder Todesopfer noch Verletzte zu beklagen. Oberst Mario Alvarez Martínez, zweiter Chef der Feuerwehr in der Hauptstadt, erklärte, das Feuer sei zwischen 09.00 und 10.00 Uhr morgens ausgebrochen, als eine Spezialbrigade im Keller des Gebäudes in der Straße Infanta einen Generator installierte. Scheinbar fing verschüttetes Öl Feuer, als dort mit einem Schneidbrenner gearbeitet wurde.

Neue Rumsorten auf dem internationalen Markt

PEDRO DE LA HOZ - Granma

• "DIE Einführung von acht neuen Rumsorten auf dem internationalen Markt ab Mitte Juni soll der Ursprungsbezeichnung dieser Spirituose eine größere Stellung einräumen und dazu führen, daß die nationale Getränkeindustrie ihren Beitrag an der kubanischen Wirtschaftsleistung erhöht."

So äußerte sich Regla Jiménez, Präsidentin des Organisationskomitees des Internationalen Rumpfests 2004, als sie vor der Presse die Agenda dieses Ereignisses, das von 6. bis 9. Juni in der Hauptstadt stattfindet, bekannt gab.

Die Marken der kubanischen Rumindustrie, die auf anderen Märkten erscheinen werden, sind *Santiago de Cuba* und *Cubay* von der Firma Cubaron, *Legendario* und *Arecha* von der Unión de Bebidas y refrescos des Lebensmittelministeriums, *Mulata* und *Santero* von Tecnoazúcar sowie *Varadero* und *Caney* des Unternehmens CIMEX.

Nach Ansicht von Marketingspezialisten der Industrie verfügen diese Marken über eine entsprechende Präsentation und Akzeptanz auf dem Binnenmarkt und verkörpern die Tradition der Spirituosenindustrie der Insel.

Über 300 Unternehmer, Spezialisten, Koster, Barkeeper und Werbefachleute aus 15 Ländern haben ihre Beteiligung an einem Forum in der Festung La Cabaña zugesagt.

"Wir haben versucht, die Unternehmensaktivität mit einem anschaulichen Programm der Rumkultur zu kombinieren, das von der Produktion bis zur Verkostung reicht und die Kenntnis eines Getränkes verbessern soll, das Teil unserer nationalen Identität ist", erklärte Regla Jiménez. •

3. KONFERENZ ZUM THEMA: DIE NATION UND DIE EMIGRATION

Steigende Unzufriedenheit im Süden Floridas

JEAN-GUY ALLARD
- Granma Internacional

• DIE tiefe Unzufriedenheit über die jüngst von der Bush-Regierung angekündigten antikubanischen Maßnahmen, die in Miami sogar von reaktionären Medien festgestellt wurde, kam auch auf der Konferenz über die Nation und die Emigration in Havanna zum Ausdruck. Einstimmig drückten die Delegierten ihren Zorn darüber aus und prophezeiten starke Auswirkungen auf das Wahlverhalten in Florida.

Da die kubanische Kultur von engen Familienbanden geprägt ist, sind die strengen Reisebeschränkungen für US-Kubaner und die Kürzung der Geldsendungen an ihre Verwandten in Kuba Maßnahmen, die als ein tragischer Irrtum der Politstrategen Bushs interpretiert werden. Diese Meinung wird auch von der Mehrheit der unabhängigen Beobachter geteilt.

Auf der Sitzung zum Thema Emigration am Sonnabend, dem 22. Mai, nahmen Delegierte zu einigen dieser Maßnahmen öffentlich Stellung. Sie klagten über den "großen Schaden", der US-kubanischen Bürgern entstehen werde, wenn sie nicht mehr frei, sondern nur noch alle drei Jahre nach Kuba reisen können, selbst im Falle humanitärer Dringlichkeit; wenn die Geldsendungen die sie ihren Verwandten schicken dürfen, reduziert werden und wenn die gefühllose Definition der nahen Verwandtschaft zur Anwendung gelangt.

Personen, deren einzige Verwandten in Kuba Cousins oder eine Tante sind, haben der Bush-Kommission für ein "freies" Kuba zufolge praktisch keine Wurzeln mehr auf der Insel.

"DAS IST PRAKTISCH EIN REISEVERBOT"

Andrés Gómez hat im Süden Floridas mehrere Kampagnen organisiert, die den neuen Bush-Erlaß und seine Folgen verurteilen.

"Nehmen wir an, 80% der 150.000 Personen, die in den



Bushs Bündnis mit dem Rat für die Freiheit Kubas, der ihn wegen der Wahlen drängte, könne ihm im November teuer zu stehen kommen, meinte Andrés Gómez

letzten Jahren nach Kuba reisten, stammen aus Miami und 50% davon sind wahlberechtigt. Die Mehrheit davon sind sicher Wähler der Republikaner. Doch viele davon werden jetzt gegen Bush stimmen, denn seine Entscheidung beinträchtigt direkt die familiären Beziehungen...", sagte er in einem Interview mit *Granma Internacional*.

"Zweifellos wird das einer der wichtigsten Beweggründe bei diesen Wahlen sein", versicherte er.

"Das ist keine Reiseeinschränkung, das ist praktisch ein Reiseverbot. Es wird nicht nur vorgeschrieben, wann es erlaubt ist nach Kuba zu reisen, sondern es wird auch bestimmt, wen man besuchen darf. Unsere traditionelle Vorstellung von Familie ist sehr weit gefaßt... und die Kubaner werden der Regierung nicht erlauben, ihnen vorzuschreiben, wer ein Mitglied der Familie ist und wer nicht."

"Es wird ihnen ebenfalls verboten, nahestehende Personen finanziell zu unterstützen... Es ist unfassbar, wie sich eine Regierung in dieser Gesellschaft derartige Befugnisse genehmigt. Die Leute sind einfach empört. Sogar jene, die nicht reisen. Wie ist es möglich, daß eine Regierung so etwas auf derartige Weise entscheiden kann?, fragt man sich überall."

"Es ist interessant, daß das sogar offen in der Presse gesagt wird. Die Fernsehprogramme und die Medien, die von Leuten mit antikubanischer Tendenz geleitet werden, haben gar keine andere Möglichkeit als darüber zu berichten, daß sich die Leute darüber aufregen. Ich glaube, Bush hat einen sehr großen Fehler begangen", meinte Gómez, und machte darauf aufmerksam, daß zu dem Thema in der Zeitung *El Nuevo Herald* eine Gruppe von gemäßigten Organisationen, die sich für die Normalisierung der Beziehungen zur Insel aussprechen, eine Anzeige über eine volle Seite veröffentlicht wurde.

Die Maßnahmen wurden als "anti-amerikanisch", "antidemokratisch" und als Verletzung der Menschenrechte bezeichnet.

In Washington stellten mindestens zwei Senatoren die Berechtigung des Präsidenten, ein derartiges Dekret zu erlassen, in Frage. Es könne eindeutig illegal sein und müßte vom Kongreß beschlossen werden.

Gómez meinte abschließend: "Bushs Bündnis mit dem Rat für die Freiheit Kubas, der ihn wegen der Wahlen drängte, kann ihm im November teuer zu stehen kommen." •

Ein Klima der Versöhnung

• SICHER ist, daß man nicht jeden Tag die Gelegenheit hat, ungestört mit einem Außenminister zu reden. In den Gängen des Palacio de Convenciones in Havanna unterhielt sich Felipe Pérez Roque aber mit mehreren Personen über alles, was es zu diskutieren gab.

Die Atmosphäre des Dialogs und der Versöhnung war überall zu spüren. Sie spiegelte definitiv eine neue Phase im Prozeß der Verbesserung der Beziehungen zwischen Kuba und der kubanischen Gemeinschaft im Ausland wider.

Der Vormittag des 22. Mai war voll dem Thema Emigration gewidmet. An der Sonntagsitzung nahmen über 450 Gäste und kubanische Vertreter teil. Dabei brachte die kubanische Regierung ihren Willen zum Ausdruck, den Prozeß der Normalisierung der Beziehungen mit den Emigranten bis zum Ende zu führen. Das einzige Hindernis dabei sei die aggressive Politik der US-Regierung und ihre Blockade.

Einige Stunden lang fand "eine breite, offene und ehrliche Debatte" statt, an der sich Dutzende der Delegierten mit Reden beteiligten. Die meisten von ihnen kamen aus den USA, der Rest aus 40 verschiedenen Ländern. Die zur Verfügung stehende Zeit war

die einzige Begrenzung, um alle Angelegenheiten zu diskutieren, die die Beteiligten interessierten, stellte Benigno Pérez, einer der Organisatoren des Außenministeriums, fest.

"Jeder, der uns etwas sagen möchte, soll die Möglichkeit haben, zu Wort zu kommen, oder es uns schriftlich mitteilen. Wir denken dabei an ein Vorgehen, bei dem individuelle Probleme privat erörtert und die allgemeinen im Abschlußbericht der Konferenz festgehalten werden", äußerte Pérez. "Wir werden mit vielen Teilnehmern, die persönliche Sorgen haben, Einzelgespräche führen, um sofort mit der Lösung des Problems beginnen zu können."

Der Organisator wies auf eine baldige Änderung der Zollbestimmungen für Kubaner hin, die zu Besuch kommen. Die wichtigste Lösung wird sein, daß der Wert der mitgebrachten Artikel vor allem nach ihrem Gewicht berechnet wird, womit "unangenehme Diskussionen" mit den Zollbeamten vermieden werden sollen. Die Zollgebühren werden strikt nach der elektronischen Gewichtsanzeige der Waage berechnet.

Pérez ging auch auf den Vorschlag eines Delegierten ein, Kuba sollte zwei älteren Bürgern aus Tampa, die dort in den USA



Außenminister Pérez Roque während einer Pause im Gespräch mit Gästen

lange vor der Revolution als Söhne von kubanischen Tabakdrehern geboren wurden, die Staatsangehörigkeit bewilligen. Ihre Haltung zur Insel sei immer patriotisch gewesen. Der Außenminister versicherte, diese Anregung werde mit Sicherheit aufgegriffen werden.

Viele Teilnehmer verurteilten die durch die Bush-Regierung angekündigten neuen Maßnahmen, von denen einige die US-Kubaner in ernsthafter Form betreffen. So wird die freie Reisemöglichkeit zur Insel

eingeschränkt. Die Besuche dürfen nur noch einmal alle drei Jahre stattfinden, selbst in absoluten Notfällen. Auch die Definition, wer als naher Verwandter anerkannt wird, wurde damit geändert.

Viele Gäste drückten ihre Solidarität mit dem Kampf Kubas aus und verurteilten offen die grausame Situation der fünf eingekerkerten Patrioten, die sich in fünf unterschiedlichen Gefängnissen in den USA befinden, weil sie gegen den Terrorismus gekämpft haben. (Jean-Guy Allard) •

Brutale wirtschaftliche und politische Maßnahmen gegen unser Land und die in den USA lebenden Kubaner

• GESTERN, am 6. Mai, kündigte die Regierung der USA neue Maßnahmen an, um ihre feindliche Politik gegen Kuba noch zu verschärfen.

Als Bush am Vormittag vor der Presse die Maßnahmen kurz ankündigte, zeigte er erneut seinen Haß und seine Aggressivität gegen unser Volk, in dem er seine üblichen und zynischen Angriffen wiederholte und die Eskalation seiner Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten umriß. Er ging sogar soweit, unverschämterweise zu behaupten, das Ziel der Maßnahmen sei es, "den Tag beschleunigt herbeizuführen, an dem Kuba frei sein wird".

Am Nachmittag informierte dann der Staatssekretär des US-Außenministeriums für die Westliche Hemisphäre, Herr Roger Noriega, einer der Autoren des Helms-Burton-Gesetzes und Vertreter der terroristischen Mafia aus Miami in der US-Regierung, in Washington öffentlich über inhaltliche Einzelheiten des Berichts, den der US-Präsident von der sogenannten "Kommission zur Unterstützung für ein Freies Kuba" erhalten hatte. Dabei betonte er besonders die von der Bush-Regierung gegen Kuba geplanten neuen wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen.

Auf den über 450 Seiten der sechs Kapitel des sogenannten Berichts der Kommission zur Unterstützung für ein Freies Kuba konnten nicht mehr Lügen, Rachegeanken, Frustrationen und Einmischungsversuche in die inneren Angelegenheiten eines Landes vorkommen.

Das Dokument enthält als strategische Aufgaben zum Sturz der kubanischen Regierung: Die interne Konterrevolution stärken; die internationalen Kampagnen gegen Kuba verstärken; die subversiven Aktionen und die Desinformation gegen unser Land verschärfen; neue Maßnahmen gegen die kubanische Wirtschaft treffen und - so haben sie es formuliert -: "die Pläne der Nachfolge des Regimes untergraben".

Das erste Kapitel ist voll und ganz den neuen Maßnahmen gewidmet, mit denen versucht werden soll, die Revolution zu zerstören. Davon sind die wichtigsten:

1. Innerhalb der nächsten zwei Jahre werden 59 Millionen Dollar für Aktionen zur Zerstörung der Revolution bereitgestellt. Das Geld soll u.a. verwendet werden für:

a) Die Schaffung eines internationalen Fonds zum Aufbau der "Zivilgesellschaft" in Kuba, der "Freiwillige" aus Drittländern ermutigen soll, nach Kuba zu reisen, um ihren Söldnern in unserem Land zu helfen. In der Praxis handelt es sich dabei um die Organisation eines Botendienstes, der die Konterrevolution finanziell und logistisch unterstützen soll.

b) Einen gemeinsam mit der OAS aufzustellenden "Stipendienplan", um von ihnen ausgewählte konterrevolutionäre Elemente an US- und lateinamerikanischen Universitäten studieren zu lassen. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um ihren Plan, Führer für die Konterrevolution in Kuba auszubilden.

c) Die Finanzierung von Programmen zur Unterstützung der "prodemokratischen Anstrengungen von Jugendlichen, Frauen und Kubanern afrikanischer Herkunft". Ein ungewöhnliches Vorhaben, wenn man bedenkt, daß sie aus einem Land stammen, in dem alle Arten von Diskriminierung gang und gäbe sind, und in dem der Ku Klux Klan existiert.

d) Die unpassenderweise nach Martí benannten Fernseh- und Radiosender sollen 18 Millionen Dollar für ihre Übertragungen von einem ausschließlich dafür bestimmten Flugzeug des Typs C-130 bekommen.

e) Die Weiterführung und Verstärkung der öffentlichen Kampagnen gegen Kuba im Ausland, die sich auf angebliche Verletzungen der Menschenrechte in Kuba, "Spionage gegen andere Länder", "subversive Aktionen gegen die in Lateinamerika demokratisch gewählten Regierungen" und andere Handlungen beziehen, die als Bedrohung der US-Interessen hingestellt werden; die Förderung von internationalen oder nationalen Konferenzen in Drittländern, um "Information" über die US-Politik zur Förderung des "Übergangs" in Kuba zu verbreiten. Das ist die Ankündigung von fünf Millionen Dollar zur Finanzierung internationaler Kampagnen, mit denen Kuba herabgewürdigt und verleumdet wird.

2. Die Empfänger von Geld- und Paketsendungen auf die direkten Familienangehörigen der in den USA lebenden Kubaner zu beschränken, wobei als solche ausschließlich Großeltern, Enkel, Eltern, Geschwister, Ehepartner und Kinder gelten. Das bedeutet, das es ab jetzt den US-Kubanern als einzigen Emigranten verboten sein wird, einer alten Tante oder einem anderen nahen Angehörigen wirtschaftliche Hilfen zukommen zu lassen.

3. Den in den USA lebenden Kubanern Geld- und Paketsendungen an Familienangehörige in Kuba zu verbieten,

wenn diese "Regierungsbeamte oder Mitglieder der Kommunistischen Partei" sind. Eine Mutter von 70 Jahren müßte z. B. auf ihre politischen Rechte verzichten, um eine Geldsendung empfangen zu können.

4. Die Besuche unseres Landes von Kubanern, die in den Vereinigten Staaten leben, von einer Reise jährlich, wie es derzeit möglich ist, auf eine Reise alle drei Jahre zu reduzieren. Zusätzlich wird ab jetzt eine Sondererlaubnis für jede Reise verlangt, statt wie bisher eine allgemeine Erlaubnis zu erteilen. Die Erlaubnis für eine Reise nach Kuba wird nur noch erteilt, wenn es sich um den Besuch eines nahen Familienangehörigen geht. Zu diesem Zweck verfügt die Regierung der Vereinigten Staaten, daß von diesem Moment an nur noch "Großeltern, Enkel, Eltern, Geschwister, Ehepartner und Kinder" als Familie definiert werden, so daß ein Cousin, eine Tante oder ein anderer naher Verwandter Präsident Bush zufolge kein Familienmitglied mehr ist. Die Bestimmungen legen außerdem fest, daß Kubaner, die kürzlich erst in die Vereinigten Staaten gekommen sind, erst drei Jahre nach ihrer Auswanderung Kuba wieder besuchen können. Während Kuba Emigranten das Reisen in das Land immer mehr erleichtert, erschwert es die Regierung der Vereinigten Staaten immer mehr. Wo- vor haben sie Angst?

5. Die Summe, die Kubaner, die in den Vereinigten Staaten leben, bei ihren Besuchen in Kuba für ihren täglichen Unterhalt ausgeben dürfen, werden von 164,00 auf 50,00 Dollar gekürzt. Das ist eine weitere willkürliche Diskriminierung der kubanischen Gemeinschaft in den Vereinigten Staaten.

6. Die nordamerikanischen Behörden werden angewiesen, "verdeckte Operationen" gegen jeden durchzuführen, der Familienangehörigen in unserem Land Geld von Kubanern überbringt, die in den Vereinigten Staaten leben. Es werden sogar Belohnungen für jene ausgesetzt, die illegale Geldsendungen an Angehörige aufdecken.

7. Die Erteilung von Genehmigungen an nordamerikanische Bürger und Einrichtungen für Bildungsreisen und den akademischen Austausch werden durch rigidiere Vorschriften als die aktuellen weiter eingeschränkt. Erinnern wir uns, daß die Genehmigungen zum sogenannten "Austausch von Volk zu Volk" bereits von der Bush-Regierung abgeschafft wurden.

8. Es wird eine sehr strenge Untersuchung durchgeführt, um feststellen zu können, ob die Anwendung des Kapitels III des Helms-Burton-Gesetzes den US-Interessen widerspricht oder ob seine Anwendung den Sturz der Kubanischen Revolution beschleunigen könnte. In der Praxis zieht es die Möglichkeit in Betracht, gegen Unternehmer aus Drittländern, die mit Kuba Handel treiben, Verfahren vor nordamerikanischen Gerichten durchzuführen. Diese Klausel ist bisher noch nicht angewendet worden.

9. Die im Kapitel IV dieses Gesetzes enthaltenen Sanktionen strikt anzuwenden. Darin wird die Erteilung von Visa zur Einreise in die Vereinigten Staaten an ausländische Investoren in Kuba verboten. Es werden sogar mehr Mittel und mehr Personal eingesetzt, um das Helms-Burton-Gesetz anzuwenden.

10. Die kubanischen Unternehmen zu "neutralisieren", die sich wirtschaftlichen Aktivitäten widmen, die mit dem Ausland zu tun haben. Hierzu wird eine Gruppe zur Bewertung von Vermögen geschaffen werden, die Nachforschungen über kubanische und ausländische Unternehmen anstellen wird, die mit Kuba Handel treiben.

11. Die Bemühungen, Regierungen von Drittländern in die Kampagnen gegen die kubanische Revolution einzubeziehen, werden verstärkt.

12. Unterstützung von Aktionen in Drittländern, um den Tourismus nach Kuba zu verringern.

13. Offiziellen kubanischen Vertretern werden weiterhin die Visa für notwendige Reisen in die Vereinigten Staaten verweigert.

14. Es wird ein Koordinator für den Übergang in Kuba auf der Ebene des State-Department eingesetzt, dessen Aufgabe es sein wird, die Umsetzung all dieser Maßnahmen zu überwachen.

Die anderen fünf Kapitel behandeln mit Dreistigkeit die Maßnahmen, welche die Regierung der Vereinigten Staaten nach der Erfüllung ihres Traums vom Sieg über die kubanische Revolution anzuwenden gedenkt. Vorläufig werden wir diese nicht analysieren. Wir möchten hier nur das Beispiel einer der vorgeschlagenen Maßnahmen zitieren: "Alle noch nicht geimpften Kinder unter fünf Jahren umgehend gegen die wichtigsten Kinderkrankheiten zu impfen". Unser Volk kann selbst die Schlußfolgerungen daraus ziehen. Das ist der Plan zur Annexion Kubas und die Rückkehr zur verkrüppelten Republik des *Platt-Amendment*.

Die Grausamkeit und der Haß, auf die sich diese neue Aggression gegen unser Land stützt, sind unglaublich. Es wird mit allen Mitteln versucht, die schwierigen Bedingungen, die uns die kriminelle US-Blockade auferlegt, noch zu verschlimmern. Es ist eine flagrante Verletzung der Menschenrechte von elf Millionen Kubanern, die durch Hunger und Krankheit in die Knie gezwungen werden sollen, nur weil sie das "Verbrechen" begangen haben, frei und unabhängig leben zu wollen und sich nicht dem Imperium unterordnen zu wollen.

Die gestern angekündigten Maßnahmen stellen ebenfalls eine Verletzung der Rechte der in den Vereinigten Staaten lebenden Bürger kubanischer Herkunft dar, die ab sofort neuen und drakonischen Einschränkungen für Reisen und Geldsendungen an ihre Angehörigen in Kuba ausgesetzt sind.

All diese Maßnahmen und die US-Politik insgesamt verleugnen offen die wirklichen Interessen des nordamerikanischen Volkes, der großen Mehrheit der in den Vereinigten Staaten lebenden Kubaner, der Mehrheit der Mitglieder des nordamerikanischen Kongresses und breiter Sektoren des Landes, die normale Beziehungen zu Kuba wünschen.

Die Bereitstellung von zig Millionen Dollar, um den Einsatz von Söldnern in Kuba zu fördern, der Verstoß gegen internationales Recht, um aus einem Flugzeug subversive Programme gegen ein anderes Land zu senden, gemeinsam mit der skandalösen und weltweit kritisierten Tatsache, daß sie in einem gewaltsam besetzten Gebiet Kubas ein schreckliches Konzentrationslager errichtet haben, das sind ungewöhnliche Provokationen, die die Normen und Prinzipien des Völkerrechts verletzen und die auf den unterschiedlichsten Weltkonferenzen diskutiert werden müssen, auch in der Menschenrechtskommission in Genf.

Der hinterhältige, zynische und grausame Charakter der jetzigen Regierung kommt klar dadurch zum Ausdruck, daß die Anwendung dieser Maßnahmen gegen unser Volk zu einem Zeitpunkt erfolgt, an dem sich die Lebensmittelpreise und die Frachtkosten auf dem Weltmarkt fast verdoppelt haben, der Zuckerpreis kaum die Herstellungskosten deckt und der Ölpreis ständig ansteigt und den horrenden Wert von 40 Dollar pro Barrel erreicht. Zusätzlich beabsichtigt sie, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen den erneut stark zunehmenden Tourismus vorzugehen.

Es ist lächerlich, das Impfen von Kindern in einem Land zu versprechen, in dem die vorbeugende Medizin und die Impfkampagnen das weltweit höchste Niveau aufweisen, dazu noch von einem Land, in dem zig Millionen von Männern, Frauen und Kindern keine medizinische Versorgung haben und mehr Kinder von je Tausend lebend Geborener sterben als in Kuba. Den Führer macht die Tatsache des riesigen, von unserem Volk geschaffenen Humankapitals und seine Fähigkeit, zigtausend Ärzte in entlegenen Gebieten der Dritten Welt einzusetzen, verrückt. Damit übertrifft Kuba die Möglichkeiten aller entwickelter Länder insgesamt. Seine Errungenschaften in der Bildung, der Gesundheit und der Kultur wird unser Land sehr bald an die Spitze aller Länder der Welt stellen. Die solide Unterstützung, die der Revolution von fast der gesamten Bevölkerung entgegengebracht wird, macht sie unverletzlich für die verfaulte Ideologie des Herrn Bush. Das Beispiel Kuba muß also von der Landkarte verschwinden. Darum all das Gegeifere des verrückten und wahnsinnigen Übergangsprogramms für Kuba eines Präsidenten, der durch Betrug gewählt wurde.

Alles, was ein heldenhaftes Volk mit viel Liebe aufgebaut hat, wollen sie vernichten. Kuba kann von der Landkarte getilgt werden, aber keine Drohung, kein Irrsinn des Herrn Bush kann uns entmutigen. Seine grausamen und feigen Maßnahmen werden unserem Volk ohne Zweifel einige Opfer abverlangen, aber sie können seinen Marsch in Richtung auf die humanen und gesellschaftlichen Ziele, die es sich gesteckt hat, nicht auch nur für eine Sekunde aufhalten. Niemand wird schutzlos dastehen. Kuba wird niemals mehr zu dem schrecklichen, erbarmungslosen und unmenschlichen Zustand einer Kolonie der Vereinigten Staaten zurückkehren.

Der *Comandante en Jefe* erklärte am 1. Mai vor mehr als einer Million Kubanern: "Dieses Land wird sich verteidigen, ohne die Normen zu verletzen, die es stets in seinen Kämpfen angewendet hat. Es wird sich mit den Gesetzen verteidigen, und es wird sich, wenn nötig, mit den Waffen bis zum letzten Blutstropfen verteidigen."

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei und die Revolutionäre Regierung Kubas

7. Mai 2004 •

Die USA wollen die Kubaner aushungern

JOAQUIN ORAMAS
- Granma Internacional

• WIE der spanische Kolonialismus gegen Ende des kubanischen Unabhängigkeitskrieges die *Reconcentración* (siehe dazu, G1 Deutsche Ausgabe vom März 1998, Marta Rojas: *Lola María, Zeugin von Weylers Reconcentración*) einführt, versucht auch die US-Regierung mit ihren neuen Plänen, die kubanische Bevölkerung auszuhungern und in den Status einer Kolonie zurück zu versetzen, in dem die Insel 450 Jahre lang verharret.

Diese Parallele wurde in einem Rundtischgespräch vom kubanischen Radio und Fernsehen zu den Maßnahmen gezogen, die der US-Präsident unter dem Vorwand ankündigte, der Insel den Übergang zur Demokratie zu ermöglichen.

Der Bush-Plan wird vor praktisch allen Einwohnern der Insel und einem großen Teil der in den USA und anderen Ländern lebenden Kubanern abgelehnt. Für sie ist er eine Form, die kubanische Familie zu trennen.

An drei Abenden analysierte der Runde Tisch die faschistische Kubapolitik Bush's. Die Journalistin Arleen Rodríguez Derivet verglich die neuen Maßnahmen gegen die Insel mit dem schrecklichen Plan der *Reconcentración* von 1897, der gegen die Landbevölkerung gerichtet war und von dem damaligen spanischen Hauptmann Valeriano Weyler angewandt wurde, um das für seine Unabhängigkeit kämpfende Volk durch Aushungern zum Aufgeben zu bewegen. 500.000 Menschen, ein Drittel der damaligen Bevölkerung, verhungerten oder fielen Krankheiten zum Opfer.

Es lassen sich hier zwei Ähnlichkeiten feststellen. Einmal die Methode des Staatsterrorismus, ein Volk aus politischen Gründen zu bestrafen und auszuhungern. Zum andern das betrügerische Argument, dies sei ein Plan, um dem kubanischen Volk zu helfen.

Bush's Erlaß stützt sich auf den Bericht der von Staatssekretär Colin Powell geleiteten Kommission für ein sogenanntes Freies Kuba. Zum Inhalt der Einleitung dieses umfangreichen Dokuments (600 Seiten) kommentierte Lázaro Barredo, die Kommission sagt, sie sei gebildet worden, um den Übergang Kubas zur Demokratie zu beschleunigen und zu begünstigen. In dieser Absicht, so stellte er fest, komme die wirtschaftliche Aggression und die Drohung einer militärischen Aggression zum Ausdruck. Er fügte an, daß sie auch um die Unterstützung anderer Länder ersucht und Druck ausübt, um das kubanische Volk zu besiegen und zu zerstören.

Barredo nannte als wichtigsten Teil dieses sogenannten Übergangsprozesses die Privatisierung. Denn nach den von den Terroristen in Miami beanspruchten drei Tagen der Erlaubnis zum Morden gehe die gesamte Wirtschaft des Landes in die Hände der US-Amerikaner über.

Im Rahmen dieser Maßnahmen sei auch vorgesehen, so die Teilnehmer an der Informationsrunde, für Kuba einen sogenannten Koordinationsstab für den Übergang zu schaffen, "den wir als neuen Vizekönig unseres Volk im State Department bezeichnen könnten, dessen Aufgabe es ist, die Maßnahmen für den sogenannten Übergang umzusetzen", stellte Randy Alonso fest. Der Journalist Reynaldo Taladrid bezeichnete dieses Vorhaben als illegal.

Die Medienkampagnen, besonders von Radio und TV-Martí dienen zur Desinformation, stellten die Teilnehmer heraus.

Rogelio Polanco, der Direktor der Zeitung *Juventud Rebelde*, wies auf die Ankündigung hin, die Programme dieser Medien von einem Militärflugzeug C-130 der US-Streitkräfte zu senden. Seines Erachtens ist das eine Kriegshandlung, eine Provokation gegen Kuba.

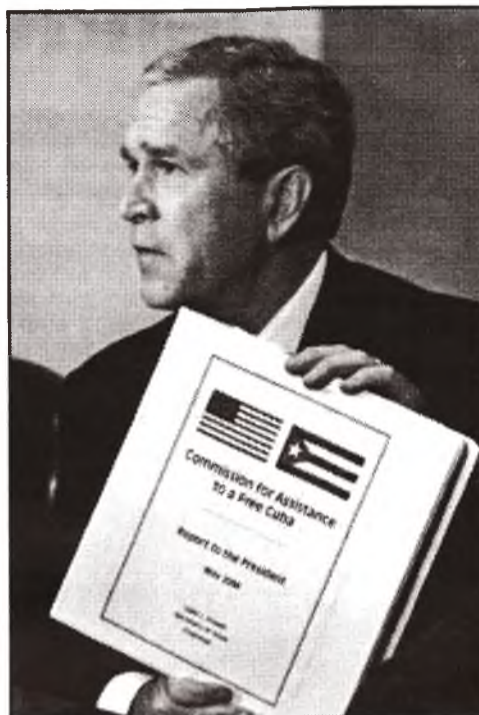
Diese Flugzeuge, so erinnerte er, werden zur psychologischen Kriegführung eingesetzt. Sie seien besonders für Übertragungen von Radio- und Fernsehsendungen auf kommerziellen Frequenzen eingerichtet, allerdings mit dem Ziel der psychologischen Kriegführung. Ihre Sendestärke könne alle Radio- bzw. TV-Signale in einem als gegnerisch bezeichneten Land überlagern. Sie könnten auf allen Frequenzbereichen senden und damit jedes Radio- bzw. TV-Signal stören.

Diese Art Flugzeug sei immer zu Kriegszwecken eingesetzt worden, ob bei der Invasion in Grenada, in Panama, im Golfkrieg, in der Operation gegen Haiti, in Jugoslawien, im Kosovo und während der Aggressionen gegen Afghanistan und den Irak, äußerte Polanco.

Braucht die Welt noch mehr Information, um zu begreifen, daß damit eine militärische Aktion gegen Kuba vorbereitet wird, fragte er. Ihre Besorgnis über diese Gefahren brachten auch der US-Abgeordnete José Serrano und mehrere US-Zeitungen wie etwa die *New York Times* zum Ausdruck.

EIN PLAN DES WAHSINNS

Als einen Plan des Wahnsinns bezeichneten die Journalisten das von Präsident George W. Bush gegen das kubanische Volk



Die neuen politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen in Bush's Übergangsprogramm verschärfen die Blockade und erneuern die Aggressionsdrohungen

vorgelegte sogenannte Übergangsprogramm mit den bereits erwähnten neuen politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen. Es verschärft die Blockade gegen die Karibikinsel und erneuert die Aggressionsdrohungen.

Washington sei dabei, Drittländer in seine antikubanische Politik hineinzuziehen, um das kubanische Volk zu isolieren und den Weg für eine Aggression zu ebnet.

Rogelio Polanco wies darauf hin, daß die USA sich mit Meinungsfreiheit und Demokratie brüsteten, doch in dem Druck, den sie gegen Kubareisende ausübten, zeige sich die offene Unterdrückung der kubanischen Bürger, die in den USA leben. Denn mit Inkrafttreten der Maßnahmen würden diese zu Straftätern, nur weil sie reisen möchten, um ihre Familienangehörigen zu sehen. Die Bush-Regierung stelle den Besuch der Insel als ein Verbrechen hin, sagte er, und erinnerte an die systematische Verfolgung aller US-Bürger, die nach Kuba reisen.

Ein großer Teil der Kubaner in Miami verurteilte diese Entscheidungen. Sie schaden ihren und den Interessen ihrer Familien. Im Programm wurden auch Meinungen einiger Fernsehsender aus Florida zu den jüngsten Maßnahmen der US-Regierung gebracht.

"Ein Kubaner, dessen Mutter, Sohn oder Bruder in Kuba lebt, darf nicht einmal aus humanitären Gründen nach Kuba reisen", rief eine Frau, für die die Einschränkungen eine Gemeinheit sind. Ein Bürger forderte die Fortsetzung der Reisen, denn er habe Familie auf der Insel. In Washington meinte der Rechtsanwalt José Pertierra, die Bestimmungen würden die kubanischen Familien trennen.

Die Informationsrunde stimmte der mexikanischen Zeitung *La Jornada* zu, die schrieb, daß die von Präsident Bush angekündigten Schlußfolgerungen der Kommission zur Unterstützung eines Freien Kubas repräsentativ für das im Weißen Haus herrschende kriminelle Sendungsbewußtsein seien. Dieses ermuntere die Exekutive des Nachbarlandes als Vertreter der Freiheit aufzutreten und unverfroren im Namen der Kubaner zu reden sowie sich die nicht existierenden Rechte herauszunehmen, Regimes zu ändern und den Sturz rechtmäßiger Regierungen in anderen Ländern zu veranlassen.

La Jornada bezeichnete die Maßnahmen als ein plumpe Wahlmanöver, dem nicht einmal die kubanische Gemeinde in Florida zustimme.

Die einfache Tatsache, daß Bush sich als Verteidiger der Interessen des kubanischen Volkes hinstelle, sei eine skandalöse Verdrehung des internationalen Rechts, das nicht noch einmal zu einem neuen und gefährlichen Präzedenzfall der aggressiven Interventionspolitik des derzeitigen US-Präsidenten werden darf. Einer Interventionspolitik, die sich gestern gegen den Irak richtete, mit den weltweit bekannten katastrophalen Ergebnissen, die heute auf Kuba zielt und morgen Venezuela, Brasilien, Argentinien oder selbst Mexiko anpeilen könnte, mahnt *La Jornada*.

EIN WIRTSCHAFTSKRIEG

Eine genauere Analyse der repressiven Maßnahmen ergibt, daß es hier nicht um ein Embargo geht, sondern um einen Wirtschaftskrieg, um eine multilaterale US-Blockade, bei der auf Drittländer Druck ausgeübt werden soll, um den Tourismus zu schwächen, sagte Lázaro Barredo, der daran erinnerte, daß ihnen dies nicht mit den Sprengstoffanschlägen in Hotels in Havana gelang und auch nicht mit terroristischen Angriffen von Schnellbooten. •

Devisenläden wieder geöffnet

IVÁN TERRERO
- Granma Internacional

• DIE Devisenläden, in denen keine Lebensmittel verkauft werden, öffneten am Montag, dem 24. Mai im ganzen Land wieder ihre Türen, nachdem sie zwei Wochen geschlossen waren. In dieser Zeit wurden für die angebotenen Produkte Preisänderungen vorgenommen. Der Grund für die Preiserhöhungen sind die Maßnahmen der US-Regierung mit dem Ziel die Wirtschaft des Landes zu schädigen, die Blockade zu verschärfen und Geldsendungen und Reisen zur Insel zu erschweren.

Die Regierungskommission für Umstrukturierung und Kontrolle der Preise dieses Marktes unterzog in den 5.000 Geschäften dieses Ladennetzes alle Preise für Waren und Leistungen einer Bestandsaufnahme und überprüfte die neuen Auszeichnungen.

Wie bereits am 10. Mai öffentlich angekündigt, wurden Preiserhöhungen erforderlich, die den augenblicklichen Umständen entsprechend so niedrig wie möglich gehalten wurden.

So erhöhten sich die Preise der meisten Lebensmittel, deren Verkauf nicht unterbrochen worden war, nur um 10 Prozent, ebenso die der Hygiene- und Reinigungsartikel, Gastronomieleistungen, Kinderkleidung, Kinderschuhe, Babysachen und Rucksäcke. Für Kosmetikartikel, Elektrogeräte, Möbel, Matratzen u. a. wurden die Preise um den gleichen Prozentsatz angehoben.

Bekleidung und Schuhe für Erwachsene, Sport- und Büroartikel und ähnliche Dinge wurden um 12 bis 20 Prozent teurer. Für Bier, Zigaretten und Zigarren muß nun ebenfalls mehr bezahlt werden. Die Treibstoffpreise in Devisen stiegen um 5 bis 22 Prozent.

Der kubanische Staat sieht es als seine vorrangige Pflicht an, so heißt es in der Note, die Versorgung der Bevölkerung, ohne Ausnahme, mit Lebensmitteln, Medizin und lebenswichtigen Leistungen zu gewährleisten, ein Prinzip, auf das niemals verzichtet werden wird. Ferner wird in der Mitteilung die Tatsache herausgestellt, daß Bildung, Gesundheit und andere äußerst humanitäre Leistungen absolut gratis sind. •

Ja,

Ich bestelle
für die Dauer von

1 Jahr (12 Ausgaben) 15 Euro

6 Monaten (6 Ausgaben) 8 Euro

Zahlungsweise

gegen Rechnung Per Bankeinzug

Anschrift

Meine Bankverbindung

Name

Geldinstitut

Str./Nr

BLZ

PLZ/Ort

Konto

Datum / Unterschrift

Ich kann die Bestellung innerhalb von 10 Tagen schriftlich widerrufen (Poststempel zählt). Wird das Abo nicht bis 8 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes gekündigt, verlängert es sich automatisch um den gewählten Zeitraum.

2. Unterschrift
Coupon an:
GNN Verlag
Zülpicherstr. 7
50674 Köln
Tel: 0221-21 1658

Aufruf eines Opponenten an die US-Regierung

Mister George W. Bush, die Million Kubaner, die wir heute zusammenkommen, um vor Ihrer Interessenvertretung zu demonstrieren, ist nur ein kleiner Teil eines mutigen und heldenhaften Volkes, das in seiner Gesamtheit hier bei uns sein möchte, wenn dies möglich wäre.

Die Zusammenkunft ist keine feindselige Geste gegen das US-amerikanische Volk, dessen ethische Wurzeln aus der Zeit, da die ersten Einwanderer auf dieser Erdhälfte eintrafen, uns gut bekannt sind. Auch ist es nicht unsere Absicht, die Funktionäre, die Angestellten und das Wachpersonal dieser Einrichtung zu stören, denen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben alle Sicherheit und Garantien eines gebildeten und zivilisierten Volkes zuteil werden, wie sie unser Volk bieten kann. Es ist dieser ein Akt empörten Protestes und des Anprangerns der brutalen, erbarmungslosen und grausamen Maßnahmen, die ihre Regierung neuerdings gegen unser Land getroffen hat.

Im voraus wissen wir, was Sie über jene glauben zu machen beabsichtigen, die heute hier demonstrieren. Ihnen zufolge handelt es sich hierbei um unterdrückte und nach Freiheit strebende Volksmassen, die von der Regierung Kubas auf die Straße geschickt wurden. Sie verkennen vollkommen, dass dieses würdige und stolze Volk, das 45 Jahre der Anfeindung, Blockade und Aggressionen der stärksten Macht der Erde getrotzt hat, sich von keiner Macht der Welt wie eine Herde — jeder einzelne mit einem Strick um den Hals — ziehen ließe.

Ein Staatsmann oder jemand, der es zu sein beabsichtigt, sollte wissen, dass die gerechten und echt menschlichen Ideen im Verlaufe der Geschichte bewiesen haben, viel machtvoller als die Gewalt zu sein, die nur verstaubte und schmähliche Ruinen übrig lässt; die Ideen hinterlassen leuchtende nicht auszulöschende Züge. Jede Zeit hat ihre Ideen, sowohl gute als auch schlechte, hervorgebracht, und gemeinsam sind sie angewachsen. Doch unserer Zeit, in der wir leben in einer barbarischen, unzivilisierten und globalisierten Welt entsprechen die schlimmsten, düstersten und zweifelhaftesten Ideen.

Die Welt, wie Sie sie heute aufzwingen wollen, entbehrt jeglicher Ethik, Glaubwürdigkeit, Normen von Gerechtigkeit, humanitärer Gefühle sowie der elementarsten Grundsätze von Solidarität und Edelmüt.

Alles, was in Ihrer und der Welt Ihrer Verbündeten, die sich in die Ausplünderung unseres Planeten teilen, über Menschenrechte geschrieben wird, ist eine kolossale Lüge. Milliarden Menschen leiden Hunger; es fehlt ihnen an ausreichend Nahrungsmitteln, Medikamenten, Kleidung, Schuhen, Wohnung. Sie leben in unmenschlichen Verhältnissen, besitzen nicht die mindesten Kenntnisse noch genügend Information, um ihre und die Tragödie der Welt, in der sie leben, zu begreifen.

Sicher hat Sie noch niemand über die Anzahl — sie reicht in siebenstellige Höhen — der Kinder, Heranwachsenden, Jugendlichen, Mütter, Personen mittleren Alters und Senioren informiert, die gerettet werden könnten und doch Jahr für Jahr zugrunde gehen in diesem "idyllischen Garten Eden der Träume", der unsere Erde ist; ebenso nicht über das Tempo, mit dem die natürlichen Lebensbedingungen zerstört und in anderthalb Jahrhundert die Kohlenwasserstoffe verschwendet werden, für deren Existenz unser Planet 300 Millionen Jahre gebraucht hat.

Ihren Assistenten brauchten Sie lediglich präzise Angaben abzufordern über die in Ihren Arsenalen befindlichen Zehntausenden von Kernwaffen, von chemischen und biologischen Waffen, Bombenflugzeugen, Langstrecken- und Präzisionsmissilen, Panzerkreuzern, Flugzeugträgern, konventionellen und nicht konventionellen Waffen, die ausreichend sind, um alles Leben auf unserem Planeten zu vernichten.

Weder Sie noch sonst jemand würde jemals Schlaf finden können; auch Ihre Verbündeten nicht, die hinsichtlich der Entwicklung ihrer Arsenalen zu weitefern trachten. Betrachtet man den niedrigen Grad an Verantwortlichkeit, das politische Talent, das Ungleichgewicht zwischen den jeweiligen Staaten und den äußerst geringen Willen zu prüfenden Betrachtungen in Protokollen, bei Treffen und bei Beratern, so können jene, in deren Händen das Schicksal der Menschheit liegt, nur geringe Hoffnungen hegen, wenn sie, ratlos und gleichgültig, auf dieses wahre Irrenhaus blicken, zu dem die Weltpolitik geworden ist.

Anliegen dieser Zeilen ist es nicht, Sie zu beleidigen; doch da Sie sich vorgenommen haben, dieses Land einzuschüchtern, zu erschrecken und schließlich sein sozioökonomisches System und seine Unabhängigkeit sowie, falls erforderlich, das Land als solches zu vernichten, betrachte ich es als meine elementare Pflicht, Ihnen einige Wahrheiten vor Augen zu führen.



Samuel HERNANDEZ

Weder moralisch noch von Rechts wegen steht es Ihnen zu, von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten zu reden, denn Sie verfügen über genügend Macht, die Menschheit zu vernichten. Mit dieser Macht trachten Sie nach dem Aufzwingen einer weltweiten Tyrannei bei Ignorieren und Zerstören der Organisation der Vereinten Nationen und Verletzen der Rechte der Länder, Führen von Eroberungskriegen zur Aneignung von Märkten und Ressourcen der Welt, Aufzwingen dekadenter und anachronischer politischer und sozialer Systeme, die die Gattung Mensch in den Abgrund führen.

Andere sind die Gründe, weshalb Sie das Wort Demokratie nicht in den Mund nehmen dürfen: Dazu gehört Ihr Antritt im Amt des Staatspräsidenten; alle Welt weiß, dass er betrügerisch erfolgte. Von Freiheit dürfen Sie nicht sprechen, denn für Sie gibt es keine andere Welt als die, die vom Terrorimperium der todbringenden Waffen beherrscht wird, die Ihre unerfahrene Hand auf die Menschheit loslassen kann.

Von Umwelt dürfen Sie nicht reden, denn Ihnen entgeht vollkommen, dass die Gattung Mensch Gefahr läuft zu verschwinden.

Der Tyrannei beschuldigen Sie das Wirtschafts- und politische System, das das Volk Kubas auf die höchste Stufe der Alphabetisierung, des Wissens und der Kultur geführt hat im Vergleich zu den am weitesten entwickelten Ländern der Welt; das die Säuglingssterblichkeit auf eine Kennziffer reduziert hat, die unter der der Vereinigten Staaten liegt und wo der Bevölkerung sämtliche Leistungen des Gesundheitswesens, des Bildungswesens und anderer gesellschaftlich und menschlich äußerst bedeutender Bereiche kostenfrei zuteil werden.

Hohl und lächerlich hören sich Ihre Äußerungen über Menschenrechte in Kuba an. Dieses, Herr Bush, ist eines der wenigen Länder dieser Erdhälfte, wo es in 45 Jahren niemals auch nur eine einzige Folter, eine einzige Todes-

schwadron, eine einzige außergerichtliche Exekution, einen einzigen Regierenden gegeben hat, der in Ausübung der Macht zum Millionär geworden wäre.

Um über Kuba zu sprechen, fehlt es Ihnen an moralischer Autorität; ein Land, das durchgehalten hat in 45 Jahren brutaler Blockade, Wirtschaftskrieg und terroristischer Überfälle, die Tausende Menschenleben gefordert und Milliarden Dollar an wirtschaftlichem Schaden gekostet haben.

Sie nehmen Kuba gegenüber eine feindselige Haltung ein, und das aus schäbigen politischen Gründen, Unterstützung für Ihre Wahl bei einer abnehmenden Gruppe Abtrünniger und Söldner suchend, die jeglicher Ethik und Prinzipien entbehren. Es fehlt Ihnen an Moral, um von Terrorismus zu sprechen, denn umgeben sind Sie von einer Gruppe Mörder, die mit Handlungen dieser Art das Leben Tausender Kubaner auf dem Gewissen haben.

Aus Ihrer Verachtung von Menschenleben machen Sie keinen Hehl, denn Sie haben nicht gezögert, den außergerichtlichen Tod von einer unbekanntem und geheimen Anzahl Personen in der Welt zu befehlen.

Ihnen steht keinerlei Recht zu, wenn nicht das der brutalen Gewalt, sich in die Angelegenheiten Kubas einzumischen und nach Ihrem Gutdünken den Übergang von einem System in ein anderes zu proklamieren sowie Maßnahmen zu seiner Umsetzung zu treffen.

Dieses Volk kann ausgerottet werden — Sie sollen dies ruhig wissen — es kann vom Erdboden gefegt werden, doch es kann nicht unterjocht und erneut dem demütigenden Status einer Neokolonie der Vereinigten Staaten unterworfen werden.

Kuba kämpft für das Leben auf der Welt; Sie kämpfen für den Tod.

Während Sie mit Ihren Präventiv- und Überraschungsangriffen unzählige Menschen töten, rettet Kuba Hunderttausende Leben von Kindern, Müttern, Kranken und alten Menschen auf der Welt.

Das einzige, was Sie über Kuba wissen, sind die Lügen von den gefräßigen Zungen der korrupten und unersättlichen Mafia ehemaliger Batistaanhänger und deren Nachkommen, Experten im Wahlbetrug und in der Lage, jemanden zum Präsidenten der Vereinigten Staaten zu wählen, dessen erzielte Stimmen für einen Wahlsieg nicht ausreichten.

Ein System der Ungleichheit wie das, das Sie repräsentieren, bringt den Menschen keine Freiheit, sie können nicht wissen, was Freiheit ist. In den Vereinigten Staaten sind die Menschen bei ihrer Geburt einander nicht gleich. In den Ghettos der Menschen afrikanischer und lateinamerikanischer Abstammung und in den Reservaten der Indios, die jenes Land bevölkerten und ausgerottet wurden, gibt es keine andere Gleichheit als die, arm und ausgegrenzt zu sein.

Unser Volk, erzogen im Geiste der Solidarität und des Internationalismus, empfindet dem US-amerikanischen Volk gegenüber keinen Hass und möchte die jungen Soldaten seines Landes nicht sterben sehen. Es sind Weiße, Neger, Indios, Mestizen, Lateinamerikaner, häufig durch Arbeitslosigkeit dazu gebracht, sich in Militäreinheiten verwickelt zu sehen und in verräterischen und Präventivschlägen oder in Eroberungskriegen irgendwohin auf der Welt geschickt zu werden.

Die unglaublichen Folterungen an Gefangenen in Irak haben die Welt aufs Äußerste entsetzt.

Meine Absicht ist es nicht, Sie mit diesen Zeilen zu beleidigen, ich sagte es bereits. Mein Bestreben ist es lediglich, dass irgendeiner Ihrer Assistenten, wenn Sie einmal einen Augenblick Zeit haben, Ihnen diese Wahrheiten unterbreitet, auch wenn Sie Ihnen in der Tat absolut nicht genehm sind.

Da Sie nun entschieden haben, unsere Würfel seien gefallen, möchte ich mich von Ihnen verabschieden mit den Worten der römischen Gladiatoren, die zum Kampf die Arena betreten: Heil dir, Cäsar, die Todgeweihten grüßen dich.

Ich bedauere nur, dass ich dabei nicht einmal Ihr Gesicht sehen kann, denn in diesem Falle werden Sie Tausende Kilometer entfernt sein, und ich werde an vorderster Front stehen, um bei der Verteidigung meiner Heimat kämpfend zu fallen.

Im Namen des kubanischen Volkes

Fidel Castro Ruz

(Übersetzung: Büro für Dolmetsch- und Übersetzungsservice ESTI)



Fidel in der ersten Reihe



Die Bewohner von Havanna überströmen die wichtigsten Straßen der Hauptstadt. Auf dem Foto die 23. Straße, eine derjenigen, die in den Malecón münden

Das muß man gesehen haben!



Die Solidarität anderer Völker wurde zum Ausdruck gebracht

MARELYS VALENCIA

FOTOS: AHMED VELAZQUEZ
- Granma Internacional

• NIEMALS war der Malecón Schauplatz einer ähnlichen Situation. Sechs Stunden lang demonstrierte ein nicht abreißender Menschenstrom der Hauptstadt und der Provinz Havanna vor der US-Interessenvertretung, um das Recht einzufordern, in Frieden und Unabhängigkeit leben zu können.

Das vom Weißen Haus vor zwei Wochen diktierte Maßnahmepaket hat bei den Kubanern Entrüstung hervorgerufen. Wie in den letzten 45 Jahren, so brachte die Bevölkerung auch in diesen Tagen ihre einhellige Meinung gegenüber jegliche Einmischung zum Ausdruck. Der Versuch, die Kräfte auszuschalten, die eine Nation tragen, damit diese dann ähnlich wie andere, nach den Anordnungen und Gesetzen der Vereinigten Staaten lebt, ist ein überholter und gescheiterter Versuch der US-Geschichte gegenüber seinem karibischen Nachbarn.

Menschen durch Hunger und Verzweiflung zum Aufgeben zu zwingen, ist keine neue Idee. Die vier Jahrzehnte anhaltende Blockade beinhaltet diesen Geist. Die Reaktion ist die unveränderte Antwort auf die kurz-sichtige Idee der verschiedenen US-Regierungen.

Die Ereignisse dieser Tage müßten die internationalen Gedächtnisse auffrischen. Das was an diesem Freitag, dem 14. Mai, auf der Uferstraße der Stadt stattfand, erinnert uns an beliebige Momente in der Ver-

gangenheit, erinnert uns an die hartnäckige Forderung der Rückkehr des Jungen Elián, die die Kubaner noch stärker vereinte.

In diesem Fall wurde der Aufruf zur Demonstration drei Tage vorher veröffentlicht. Bereits am Donnerstagabend verließen Hunderttausende aus allen Orten der Provinz Havanna ihre Wohnungen und nach Mitternacht glich die Hauptstadt einem Ameisenhaufen. Auch die Studenten verzichteten auf ihren Schlaf. Zehn Stunden vor Marschbeginn versammelten sie sich um die Alma Mater. Die Stadt wollte den Beginn nicht verpassen.

Als Präsident Fidel Castro das Podium bestieg und mit seiner Ansprache vielen vor Rührung die Tränen in die Augen trieb, gab es sehr wenig Personen im Land die schliefen. Seit den frühen Morgenstunden übertrug das Fernsehen live die Bilder der Demonstration und um 7:45 Uhr, als man die Rede des Präsidenten hörte, schlugen selbst die Wellen mit Kraft gegen die Mauer des Malecón.

Der Marsch begann an der Martí-Statue der Antiimperialistischen Tribüne, in der Nähe der US-Interessenvertretung. Er wurde von der Stabsmusikkapelle der Armee angeführt, die genau gegenüber dem Gelände anhielt, um die Nationalhymne zu spielen. Direkt dahinter, in der ersten Reihe salutierten Fidel und die Kommandanten Ramiro Valdés und Guillermo García mit der rechten Hand angesichts der Melodie, die zum Kampf aufruft. Die nationale und internationale Presse kämpfte um die besten Bilder während des Marsches bis zur Straße G.

Die Menge transportierte eine Unmenge



Einige Funktionäre der US-Interessenvertretung halten Eindrücke des Marsches fest

von Plakaten mit den Aufschriften: Nieder mit dem Faschismus; Nieder mit dem Völkermord; Faschist Bush, es gibt keine Aggression, der Kuba nicht widersteht. Andere Plakate zeigten Fotos des jüngsten Militärskandals der USA im Irak und George W. Bush in Naziuniform. Unter den Teilnehmern demonstrierten Menschen aus Spanien, Mexiko, Kanada, Brasilien und Chile mit den Fahnen ihrer Nationen. Urplötzlich reihten sich verschiedene Jugendliche aus den USA ein, die die Fahne ihres Landes auf dem Rücken ihrer T-Shirts trugen.

Leute aus allen Schichten und jeden Alters demonstrierten an diesem Freitag. Tausende von Kindern mit ihren Eltern, ei-

nige noch so klein, daß sie in Kinderwagen gefahren wurden; Jugendliche verschiedener Schulen; die Studenten der Lateinamerikanischen Medizin- und Sportschule; Arbeiter; Militärs; Bauern; Hausfrauen; Lehrer; Ärzte; rüstige, betagte Menschen und andere, denen das Laufen schwerfiel. Die Vielfältigkeit gab dieser Demonstration von nie dagewesener Größe ihre Farbe.

Um 14 Uhr passierte der letzte kompakte Block den Malecón. Die Sonne brannte auf den Steinen, dem Asphalt, auf der Haut, aber die Brise des Meeres kühlte die erhitzten Gesichter. Und die Umgebung war noch erfüllt von den abschließenden Worten der Ansprache Fidels. •



.Der erste Vizepräsident Raúl Castro an der Spitze des Blocks der Vertreter der Streitkräfte



Sechs Stunden demonstrierte dieses Menschenmeer



Gegen die faschistische Politik Bushs



Im Hintergrund die US-Interessenvertretung in Havanna



Die Kubaner demonstrierten einmal mehr ihre Einheit und die Unterstützung der Revolution

ERKLÄRUNG DER REVOLUTIONÄREN REGIERUNG KUBAS

In Guadalajara bestätigte sich die Mitschuld der EU an den Verbrechen der USA

Wie allen bekannt ist — es hat in der Presse breite Verbreitung gefunden — wurde am gestrigen Donnerstag, den 27. Mai, bei der Diskussion des Abschlussdokuments von Guadalajara ein äußerst hartes Gefecht gegen die zähe Ablehnung der Europäischen Union ausgetragen, denn diese stellte sich hartnäckig gegen einen Abschnitt, in dem die monströsen Morde und Folterungen an irakischen Gefangenen scharf angeprangert und verurteilt wurden.

Nach den düsteren Tagen der Hitlerzeit hatte die Menschheit seit Ende des Zweiten Weltkrieges keine derartig erschütternden Bilder zu sehen bekommen. Entsetzt besonders über die hierbei vorherrschende krankhaft bössartige Gesinnung und den brutalen Sadismus konnten sie Milliarden Menschen auf der Leinwand, im Fernsehen, im Internet und auf den Fotos der Printmedien betrachten. Derartige Methoden zeugten von Beleidigung und Missachtung der Kultur und religiösen Gefühle der islamischen Völker, die zusammen 1,2 Milliarden Menschen zählen und die gemäß dem Alten Testament mit Christentum und Judaismus in gewisser Weise gemeinsame historische und ethische Wurzeln haben.

Der von den lateinamerikanischen und den Staaten der Karibik zu diesem Thema anfangs vorgeschlagene Abschnitt lautete:

"Wir verurteilen scharf sämtliche Formen von Missbrauch, Folterungen und sonstiger grausamer, unmenschlicher und entwürdigender Behandlung von Kriegsgefangenen und jeglicher Art Häftlinge und Personen, wo und durch wen auch immer diese Handlungen begangen werden. Über das kürzlich gezeigte Vorgehen bei derartigen Handlungen, die absolut nicht zu akzeptieren sind und von uns auf das Schärfste verurteilt werden, bringen wir unsere Bestürzung zum Ausdruck. Diese Praktiken sind verboten und müssen es jederzeit und überall auch bleiben. In diesem Zusammenhang rufen wir die betreffenden Regierungen auf, über alle Verantwortlichen die vom Gesetz dafür vorgesehenen Sanktionen zu verhängen und die Einhaltung des Verbots von Folterung und sonstiger grausamer, unmenschlicher und entwürdigender Behandlung gemäß der Antifolterkonvention der Vereinten Nationen und den Genfer Vereinbarungen durchzusetzen. Derartige Praktiken stellen eine schwerwiegende Verletzung dieser internationalen Urkunden dar."

Die Europäische Union weigerte sich entschieden gegen eine Behandlung des Themas und sein Aufnahme in die Abschlusserklärung. Als sie sich dann zum Nachgeben gezwungen sah, weigerte sie sich gegen die Benutzung des Wortes "Folterung", das Geschehene als "Misshandlungen" bezeichnend. Später wandte sie sich gegen die Nennung der jüngsten Fälle von Folterungen an irakischen Gefangenen, für ihre Verurteilung eine allgemeine Formulierung benutzend bei ganz speziellem Verweiden einer jeglichen Bezugnahme auf die für diese Folterhandlungen verantwortlichen Regierungen. Äußerst erregt und streitig war die Debatte zwischen dem Präsidenten der Europäischen Union und dem stellvertretenden Leiter der kubanischen Mission, Vizeminister Bruno Rodríguez, der zu diesem Zeitpunkt als Leiter der Delegation fungierte.

Sich in ihre Niederlage fügend, akzeptierte die Union schließlich die Vokabel "Verurteilung" im allgemeinen Sinne und nicht mit konkretem Bezug auf die geschehenen unmittelbaren Tatsachen, die sie lediglich als "Misshandlungen" an Gefangenen bezeichneten.

Die Tatsache, dass es zur Behandlung des Themas kam und dass dann viele Aspekte des ursprünglichen Abschnittes beibehalten blieben, wird als eine schwere moralische Niederlage der Europäischen Union angesehen.

Jene, die sich jetzt gegen eine solche Verurteilung stellen, vertreten Länder, die Zeugen der Konzentrationslager der Nazis gewesen waren, in denen Millionen Menschen aus politischen und Rassengründen sterben mussten; und heute beugen sich ihre Führungspersonen den neonazistischen Ideen, Methoden und Gefahren, die tausendfach stärker sind aufgrund der fast unendlichen Macht ihrer Förderer, die von ihren rechtsextremistischen Positionen aus von der US-Regierung getragen werden.

Erneut kam es am Donnerstagnachmittag, den 27. Mai, zu einem zweiten großen Gefecht, diesmal zwischen der kubanischen Delegation mit unserem Kanzler Felipe Pérez Roque an der Spitze und den Vertretern der Europäischen Union über das für die Europäer heikle Thema des Helms-Burton-Gesetzes und die angekündigten neuen Maßnahmen gegen Kuba.

Der in der gestrigen Vormittagssitzung am Donnerstag den 27. Mai von den lateinamerikanischen und den Staaten der Karibik angenommene Abschnitt besagte:

"Erneut bringen wir unsere entschiedene Ablehnung der unilateralen und extraterritorialen Anwendung von Gesetzen und Maßnahmen zum Ausdruck, die im Widerspruch zu Völkerrecht, Marktfreiheit, Seetransport und Welthandel stehen. Wir stimmen überein, dass diese Maßnahmen eine ernste Gefahr für den Multilateralismus darstellen. Wir bringen unsere tiefe Besorgnis zu den Zusatzmaßnahmen zum Ausdruck, die jene Politiken und Gesetze wie das Helms-Burton Act noch untermauern und erweitern. Daher rufen wir die Regierung der Vereinigten Staaten auf, einen Schlusstrich unter ihre Anwendung zu setzen. Unsere Ablehnung findet die Umsetzung unilateraler Zwangsmaßnahmen durch jeglichen Staat, denn sie bedeuten eine Gefahr für die Souveränität der Staaten und verletzen die Prinzipien und Ziele der Vereinten Nationen."

Auf diese klare und energische Ablehnungserklärung zur völkermörderischen Politik der Regierung der Vereinigten Staaten gegen Kuba antwortete die Europäische Union, erneut in ihrer Rolle des Verbündeten und Untergebenen der US-Regierung, mit folgendem befangenen und lächerlichen Vorschlag:

"Erneut bringen wir unsere entschiedene Ablehnung sämtlicher unilateraler völkerrechtswidrigen Maßnahmen zum Ausdruck, einschließlich der Maßnahmen mit extraterritorialer Wirkung, die den allgemein akzeptierten Normen des Welthandels widersprechen. Wir stimmen überein, dass die völkerrechtswidrigen unilateralen Maßnahmen für den Multilateralismus eine ernste Gefahr darstellen."

In einer weiteren harten und intensiven Debatte, bei der unser Kanzler die Positionen der Vertreter der Europäischen Union anklagte, argumentierte und widerlegte, schlugen diese, entmutigt und ohne Autorität, Prestige und Argumente eine neue Formulierung vor.

Diese lautete:

"Erneut bringen wir unsere entschiedene Ablehnung sämtlicher unilateraler völkerrechtswidrigen Maßnahmen zum Ausdruck, einschließlich der (neuen) Maßnahmen mit extraterritorialer Wirkung, die den allgemein akzeptierten Normen des Welthandels widersprechen. Wir stimmen überein, dass die völkerrechtswidrigen unilateralen Maßnahmen für den Multilateralismus eine ernste Gefahr darstellen. Wir erinnern an die Positionen der Resolution 58/7 der UN-Vollversammlung vom 18. November 2003."

Diesem kargen, lächerlichen und feigen Vorschlag widersprach die kubanische Delegation auf das schärfste, denn auf unser Land entfallen heute die Mordpläne und ein ganzer Komplex interventionistischer und genozider Maßnahmen, die von Mister Bush am vergangenen 6. Mai angekündigt wurden.

Daraufhin akzeptierte die Europäische Union die Nennung des Titels der genannten Resolution, die Kuba der UN-Vollversammlung vorlegt. Er lautet: "Notwendigkeit der Aufhebung der Wirtschafts-, Handels- und Finanzierungsblockade, verhängt gegen Kuba durch die Vereinigten Staaten von Amerika".

Die Vertreter der Europäischen Union, durch die energische Antwort Kubas aufgebracht und überheblich geworden, stellten ein Ultimatum: Entweder die Formulierung werde so akzeptiert oder sie werden der Aufnahme des Abschnitts in das Dokument nicht stattgeben. In aller Würde wies der kubanische Kanzler das Ultimatum zurück und antwortete, Kuba bleibe bei seiner Position, wonach die Maßnahmen im Konkreten zu verurteilen sind; und erschiene der Abschnitt in der von der Europäischen Union vorgeschlagenen Fassung, ziehe Kuba vor, in der Abschlusserklärung werde keinerlei Bezug auf das Thema genommen, wobei die Europäische Union jedoch die gesamte Verantwortung für diese Auslassung trage. Der Kürze willen verzichteten wir auf die Darlegung verschiedener Details.

Es bestätigte sich voll und ganz, was Genosse Fidel in seiner Botschaft an das mexikanische Volk ausführte:

"Ihre Beihilfe zu den Verbrechen und Aggressionen der Vereinigten Staaten gegen Kuba, geleistet mittels ihrer infamen und heuchlerischen Haltung in Genf und ihre beschämende Einsicht und geheimes Einverständnis mit dem extraterritorialen entehrenden Helms-Burton-Gesetz, das nicht akzeptiert werden kann, lassen die Europäische Union es nicht wert sein, von unserem Volk ernst genommen zu werden."

In den Nachmittags- und Abendstunden jenes Tages sollte noch ein moralischer Sieg errungen werden. Auf diesem dritten Gipfeltreffen hatte die Europäische Union seit bereits einer Woche unter diversen Vorwänden ihre Zustimmung verweigert, die in der Charta der Vereinten Nationen enthaltenen Prinzipien des Völkerrechts, die auf den beiden vorangegangenen Gipfeltreffen hervorgehoben und vereinbart wurden, erneut in die Abschlusserklärung aufzunehmen. Auf kleinen Zusammenkünften hatten die europäischen Vertreter erklärt, sie können diese Grundsätze nicht unterzeichnen, da sie die Gültigkeit des Prinzips der Nichteinmischung nicht anerkennen können. Das hatte bereits zur Gegenüberstellung zwischen Kuba und der Europäischen Union geführt.

In der Tat war die mehrere Tage um diese grundlegenden Prinzipien laufende Debatte die wichtigste. Ohne nachzulassen versuchte die Europäische Union, unseren Verzicht auf die Nennung dieser Prinzipien in der Abschlusserklärung gegen andere unserer Interessen, einschließlich die Aufnahme des Helms-Burton-Gesetzes, zu tauschen. Das haben sie sogar öffentlich erklärt. Sie hatten beantragt, diesen Abschnitt als letzten zu diskutieren. Um so wurde vereinbart. Gestern Abend spät nun waren sie nach der mehrstündigen Diskussion über den Abschnitt mit dem Helms-Burton-Gesetz so demoralisiert und bereits nicht mehr in der Lage, eine weitere Diskussion mit der Delegation unseres Landes einzugehen, die das Dokument als solches gefährdet hätte.

Unter diesen Umständen bat die Europäische Union — man hatte soeben der kubanischen Delegation das Wort zu diesem Thema erteilt — ganz überraschenderweise um die Erlaubnis für eine Mitteilung: Sie zog ihre Ablehnung bezüglich der Aufnahme der genannten und auf den vorangegangenen Gipfeltreffen bereits bestätigten Prinzipien zurück.

Von vielen Delegationen wird dieses als bedeutendstes Gefecht dieses Gipfels eingeschätzt.

Unser kleines Land — 45 Jahre lang der Blockade und Aggressionen ausgesetzt, Opfer aller Gemeinheiten, derer das Imperium fähig ist, in dessen Händen die Geschichte der Welt liegen und das den mächtigsten Staat besitzt, den es je gegeben hat — hat nicht gezögert, dem Imperium und seinen Verbündeten der Europäischen Union entschlossen die Stirn zu bieten, die Jahr um Jahr eine so unwürdige und beschämende Rolle gespielt haben, den Lügen, Verleumdungen und Resolutionen in Genf beistimmend, mit denen das Imperium die Blockade und seine Vernichtungspläne dessen rechtfertigt, was unvernünftig ist: unsere Revolution.

Gerechterweise müsste gesagt werden, dass nicht alle heute zur Union gehörenden Staaten gleich sind. Es gibt Länder mit langjähriger Geschichte und Einfluss wie Frankreich und Deutschland sowie andere kleinere wie Belgien, Luxemburg und andere, die Triebkraft dieser vernünftigen Idee waren, die in der Welt Sympathie erzeugte: die Idee des Förderns der Einheit der europäischen Völker nach der schrecklichen Erfahrung des 1939 erlittenen faschistischen Sturmes auf die Menschheit unter Einsatz von Methoden und Konzeptionen, die sich wohl recht wenig von jenen unterscheiden, die in der Doktrin der Bereitschaft für Präventiv- und Überraschungsangriffe auf 60 oder mehr Länder proklamiert werden. Nicht sonderbar ist der manische Widerstand gegen einen internationalen Strafgerichtshof mit Befugnis des Richtens über Kriegsverbrechen; auch die grässlichen und sadistischen Folterbilder, die vor einigen Tagen die Menschheit schaudern ließen, sind es nicht.

Das Vereinigte Königreich war seit jeher gegen diese Union, und noch heute gehört es nicht zur Währungsunion. Es nimmt alle Vorteile in Anspruch und umgeht sämtliche Unannehmlichkeiten. Heutzutage ist es inniger Verbündeter der gegenwärtigen US-Regierung und beteiligt sich an deren Abenteuern und Eroberungskriegen.

Andere wie die Regierungen Italiens und bis noch vor kurzem auch jene Spaniens unterstützten liebedienerisch ihre Pläne gegenüber den wahren Interessen des übrigen Europas. Gegenwärtig erhalten die Verbündeten der Vereinigten Staaten, die sich gegen die Gruppe der Anhänger einer stärkeren Unabhängigkeit stellen, Unterstützung der neuen Mitglieder wie Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei, Ungarn, Lettland, Litauen, Estland und Slowenien; diese sind heute die bedingungslosesten Verbündeten des Imperiums selbst, das eine Vormachtstellung in der Welt besitzt und danach strebt, seinen politischen und ökonomischen Interessen Europa völlig unterzuordnen.

In der Tat ist die europäische Gemeinschaft völlig gespalten, und die Vereinigten Staaten zählen auf die überwiegende Mehrheit dieser Länder. Die Union ist noch nicht Einheitliches. Wenn einem das nicht klar ist, kann man sich schwerlich erklären, wie von einer Gruppe von 25 Nationen, viele von ihnen mit langen historischen und kulturellen Traditionen, in Guadalajara sich wie eine Washington untergebene Herde Lämmer verhalten.

Allen ihren Völkern wünschen wir aufrichtig ein besseres Los. Im Grunde kämpfen die Länder wie Kuba und andere revolutionäre Völker der Dritten Welt, die wir bereit sind zu sterben bei der Verteidigung unserer Souveränität, unserer Würde und unserer Freiheit, auch für die Einigkeit und die Unabhängigkeit Europas.

Das letzte Wort wird die Zukunft sprechen.

28. Mai 2004

(Übersetzung: Büro für Dolmetsch- und Übersetzungsservice ESTI)

ARTex und der Internethandel

• Bücher, Siebdrucke, CD's, Videos, Zeitschriften und Bildungstourismus sind im Angebot •
www.soycubano.com - ein viel besuchtes Portal

MIREYA CASTAÑEDA
- Granma Internacional

• APRIL war für die Werbeagentur für Kunst und Literatur ARTex S.A. ein Monat zum feiern und Bilanz zu ziehen. Die Firma blickt auf 15 Jahre Werbung für kubanische Kulturzeugnisse und deren Vermarktung zurück.

ARTex hat sich immer dadurch charakterisiert, Neuland zu betreten. So z.B. bei der Vermarktung von CD's durch die hauseigene Plattenfirma Bis Music - die einen Grammy Latino für das beste Folklorealbum, *La rumba soy yo*, gewann - oder bei der Gründung des ersten Online-Shops.

Über diese neue Erfahrung für Kuba sprachen wir im Sitz der Agentur, im Stadtteil Miramar, mit ihrer Geschäftsführerin für Vermarktung und Entwicklung, Minerva Mallo.

GI: Kann die Agentur schon auf eine Online-Erfahrung in Kuba zurückgreifen?

MM: Ja, es gab bereits Ansätze. Selbst bei ARTex, denn wir hatten als erste kubanische Agentur gemeinsam mit einem kanadischen Partner einen Online-Verkauf. Das war 1998. Damals gab es im Land weder die entsprechende Logistik, noch war das Unternehmen auf ein solches Projekt ausreichend vorbereitet. Aufgrund von Versandproblemen wurde der "Shop" geschlossen. Aber die Gruppe, die ihn geschaffen hatte, entwickelte eine Software, die sich besser an die damals im Internet vorhandenen Standards anpaßte. Sowohl das Kultusministerium als auch das für Außenhandel sahen jetzt den Augenblick für gekommen, die Vermarktung kubanischer Kulturprodukte und Leistungen voranzutreiben, um so die ganze Welt anzusprechen. ARTex erhielt den Auftrag, das Projekt zu entwickeln. So entstand 2001 die Agencia de Comercio Electrónico.

GI: Was sind die Leitlinien Ihrer Arbeit?

MM: Unser Hauptziel ist es, für unsere Kulturprodukte und -leistungen zu werben und sie zu vermarkten. Unseres Erachtens ist zur Vermarktung Information notwendig, und vor allen Dingen im Internet. Viele Personen aus anderen Ländern äußern sich zur kubanischen Kultur. Auf diesem Weg verkaufen wir einerseits unsere Produkte und andererseits bringen wir Informationen über unsere Kultur in die Welt.

GI: Womit begannen Sie?

MM: Zuerst hatten wir den Musikshop für die CD's. Heute bieten wir die ganze Palette der Plattenfirmen *Unicornio*, *EGREM*, *Bis Music*, *RTV Comercial* an. Sie produzieren eine Menge. Außerdem verkaufen wir die Platten der in Kuba vertretenen ausländischen Marken wie *Lusáfrica*, *Art-*



color, *Ahí namá*. Parallel zum CD-Verkauf wurde die Webseite *soycubano* eingerichtet, die im gleichen Portal in vier Sektionen Information anbietet: *La bijirita* zu Musik, visueller Kunst, Literatur, Kino; *La peña* ist den Künstlern allgemein gewidmet, unterteilt nach Kunstgattungen, mit Angaben über die wichtigsten Werke des Autors, Fotos. Handelt es sich um einen Bildhauer oder Maler, wird eine Arbeit von ihm gezeigt; in *La cita* findet der Surfer Hinweise auf die wichtigsten Kulturveranstaltungen des Landes und eine sehr umfangreiche Webseite von Cubadisco; über *La plaza* gelangt man in alle Läden, für Musik, Malerei (Verkauf von Siebdrucken, speziell aus der Werkstatt Portocarrero, Filmplakaten und bald auch Zigarrenbauchbinden), Videos von fast allen kubanischen Filmen und Bücher.

GI: Wie funktionieren diese Läden?

MM: Im Musikshop wird am meisten verkauft. Wir verkaufen noch nicht soviel wie wir möchten, aber der Umsatz steigt mit jedem Jahr. Wir sind mit dem Verkaufsrhythmus zufrieden. Sehr wichtig ist auch, daß wir treue Kunden in der ganzen Welt gewonnen haben (business to consumer oder B2C), die zu uns kommen, obwohl es viele andere Läden gibt.

GI: Welche Länder zählen Sie zu ihren Hauptkunden?

MM: Wir haben unsere Märkte diversifiziert, aber die USA nehmen den ersten Platz ein. Frankreich, Dänemark, Schweden, die Schweiz, Finnland und Spanien beginnen systematisch zu kaufen, obwohl in diesen Ländern kubanische Musik und CD's vertrieben werden. Wir versuchen

gleichzeitig uns neben Einzelkunden auch an die spezialisierten Läden (business to business oder B2B) für lateinamerikanische Musik in diesen Ländern zu wenden und haben ihnen unser Angebot vorgestellt. Im Moment wickeln wir einen Grossistenverkauf an einen Laden in Dänemark ab. Derartige Verkäufe öffnen den kubanischen Plattenfirmen den Markt.

GI: Welche Gattungen sind am meisten gefragt?

MM: Momentan ist die traditionelle Musik der alten Trova gefragt, keine Coverversionen, und das Neueste was auf den Markt kommt. Früher war es nicht so, aber heute beginnt die Nachfrage, sobald die neuen CD's auf dem Markt sind. Wir haben eine Sektion für Neuerscheinungen. Gut verkauften wir, wenn wir die Erzeugnisse kombinierten und dabei differenzierte Preise verlangten. So haben wir zum Beispiel die aus acht CD's bestehende Sammlung von Leo Brouwer von EGREM einzeln angeboten, aber die Nachfrage war nicht sehr hoch. Wir baten EGREM, sie vollständig und zu einem niedrigeren Preis anbieten zu dürfen. Auf diese Art verkauften wir sie sehr schnell, zumal wir noch ein Buch und ein Video über Leo Brouwer beilegen. So kombinieren wir Themenbereiche.

GI: Wie wird bezahlt und wie bekommen die Kunden ihre Ware?

MM: Wie jeder Online-Verkauf haben wir einen Einkaufskorb. Der Kunde markiert die gewünschte Ware und diese gelangt in den Korb. Hat er gewählt und ist mit den Kaufbedingungen einverstanden, klickt er den Befehl Bezahlung an und wird mit der Webseite eines ausländischen Unternehmens verbunden, das für uns den Geldeinzug übernimmt. In Abhängigkeit von der Kreditkarte wird der Kauf in Echtzeit akzeptiert oder nicht. Wird er akzeptiert, erhalten wir umgehend ein E-Mail mit der Transaktion. Das ist unser Auftrag. Wir bestellen die Ware hier im Lager, sie wird verpackt und der kubanischen Post übergeben, die schon über einen speziellen Mechanismus für uns verfügt, um den Online-Verkauf zu beschleunigen. Im Empfängerland wird die Ware dann von der dortigen Post befördert. Nach Miami gibt es zum Beispiel täglich Flugverbindung, so daß ein Auftrag in zwei Tagen erledigt werden kann. Ein Kunde aus Neuseeland allerdings weiß, daß die Ware, ganz gleich woher sie kommt, länger unterwegs sein wird.

Die Ergebnisse sind gut. Einige Kunden waren überrascht, eine Sendung aus Kuba zu erhalten, obwohl auf der Webseite unsere Anschrift angegeben ist. Wenn ihnen dann der Zusammenhang bewußt geworden ist, freuen sie sich. Das ist ein Beweis für die Echtheit des Produkts.

GI: Irgend eine Neuigkeit?

MM: Zur Zeit arbeiten wir an der Vermarktung von mp3-Downloads. Dafür haben wir einen Vertrag mit einem italienischen Unternehmen abgeschlossen. Es wird Musik von allen kubanischen Plattenfirmen verkauft. Wir sind bereits der Internet-Shop mit dem größten Angebot an kubanischer Musik und jetzt möchten wir eine Webseite mit dem größten Angebot an kubanischer Musik in mp3 einrichten. Außerdem erstellen wir gerade eine Webseite über Tourismusangebote in Zusammenarbeit mit *Paradiso*. Dabei handelt es sich um eine Agentur für Bildungstourismus, die auch zu ARTex gehört, und wir arbeiten an einem Projekt für Online-Kurse mit Persönlichkeiten aus der kubanischen Kultur.

Die Webseiten der Agencia de Comercio Electrónico ARTex ermöglichen ein leichtes Surfen, sowohl bei der Suche nach Information als auch zum Einkaufen in spezialisierten Läden. Wir empfehlen Ihnen den Besuch bei www.soycubano.com und www.discuba.com •

Das Gefängnis von Guantánamo in einem Londoner Theater

• LONDON (AFP).- Zwölf Schauspieler geben in einem Londoner Theater anhand eines Stückes, das auf Zeugenaussagen ehemaliger Gefangener beruht, das Leben in dem Gefangenenlager von Guantánamo (Kuba) wider.

Bis zum 12. Juni verkörpern die Schauspieler vom Theater London's Tricycle in *Guantánamo, Honor Bound to Defend Freedom* (Guantánamo: Die Ehre verpflichtet dazu, die Freiheit zu verteidigen) die Gefangenen, ihre Familienangehörigen und Politiker, wie den US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld.

"Wir haben ein Schauspiel nach Beschreibungen britischer Gefangener, ihrer Familien, ehemaliger Rückkehrer, ihren Anwälten und von Militärs aus Guantánamo geschaffen", erklärte Theaterintendant Nicolas Kent.

"Das Werk enthält nicht ein einziges Wort, was nicht von den interviewten Personen

ausgesprochen worden wäre. Wir haben nichts erfunden", ergänzte er.

Einige Informationen stammen auch aus Briefen an die Familien. "Ich weiß nicht, welchen Verbrechens man mich beschuldigt, und weshalb nicht nur ich, sondern auch meine Frau und meine Kinder leiden müssen", schrieb der 36-jährige Brite Moazzam Begg, der in Guantánamo festgehalten wird.

Weitere fünf britische Gefangene des US-Gefangenenlagers wurden Mitte März in die Heimat entlassen, nachdem sie zwei Jahre ohne Verhandlung und Anklage gefangen gehalten worden waren. Nach ihrer Ankunft in Großbritannien ließ man sie ohne jegliche Anklage frei.

Vier andere Briten befinden sich gemeinsam mit ca. 600 anderen Gefangenen aus ca. 40 Ländern noch auf dem US-Marinestützpunkt. Sie wurden größten Teils während des Krieges gegen Afghanistan Ende

2001, nach dem Attentat vom 11. September, verhaftet.

Die US-Regierung erkennt sie nicht als Kriegsgefangene an, wie es die Menschenrechtskonvention von Genf vorschreibt, obwohl es wiederholt von Organisationen zur Verteidigung der Menschenrechte gefordert wird.

Das Oberste Gericht der USA untersuchte am 20. April zum ersten Mal die Frage der Legalität dieser grenzenlosen Verhaftungen und wird sich dazu bis Ende Juni äußern. Es wird insbesondere entscheiden müssen, ob die Gefangenen in Guantánamo US-Gerichte anrufen dürfen, um gegen ihre Festnahme oder die Haftbedingungen vorzugehen.

"Bis jetzt war die Reaktion des Publikums sehr stark. Manche vergießen beim Hören der Zeugenaussagen Tränen. Sie denken, wie furchtbar, ja wie schrecklich das alles ist", erzählt Nicolas Kent.

Der Intendant, der bereits Theaterstücke

über den Nürnberger Prozeß und über den rassistischen Mord an einem jungen Schwarzen 1993 in London inszeniert hat, äußerte, sein Ziel sei es auch, die Geringfügigkeit der Bemühungen der britischen Regierung zu Gunsten der Gefangenen in Guantánamo vor Augen zu führen.

Die Regierung "läßt (legal) jene vertreten, die über die Staatsangehörigkeit verfügen, aber nicht jene, die sie nicht haben, obwohl sie schon 16, 17, 18 oder 20 Jahre im Land leben", sagte er.

Er erwähnte den Fall eines Gefangenen irakischer Abstammung, der seit 19 Jahren in Großbritannien lebt. In seinem Fall weigert sich die britische Regierung, sich um ihn zu kümmern.

"Vor dem Krieg im Irak haben die britischen Behörden gesagt, er solle sich doch vom Regime Saddam Husseins (der von britischen und US-Truppen während des Konflikts gestürzt wurde) vertreten lassen. Welch ein Zynismus!" kommentierte Kent. •

OLYMPISCHE SPIELE 2012

Wirtschaftliche Interessen überwogen bei der Entscheidung des IOK

• **Havanna, Rio de Janeiro, Istanbul und Leipzig scheiden als Austragungsorte aus • London, Madrid, Moskau, New York und Paris sind noch im Rennen**

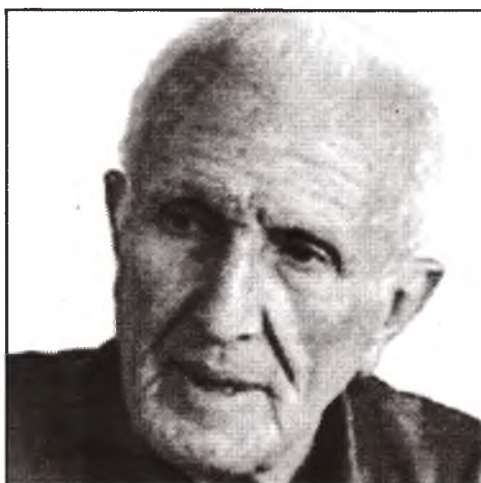
ANNE-MARIE GARCÍA
- für Granma Internacional

• DIE Unterordnung des Sports unter wirtschaftliche Interessen war ausschlaggebend für die Entscheidung des Internationalen Olympischen Komitees, Havanna für die Spiele 2012 aus der Bewerberliste zu streichen, gab José Ramón Fernández, der Präsident des Kubanischen Olympischen Komitees bekannt.

"Leider wird Havanna nicht mehr unter den Kandidaten für die Spiele 2012 sein", sagte Fernández in einem Telefongespräch mit Granma Internacional.

Ausgeschieden sind außerdem Rio de Janeiro, Istanbul und Leipzig. London, Madrid, Moskau, New York und Paris sind noch im Rennen.

"Kuba glaubt, daß die sportlichen Leistungen, das Organisationstalent und die Unterstützung des Volkes entscheidende



"Kuba glaubt, daß die sportlichen Leistungen, das Organisationstalent und die Unterstützung des Volkes die entscheidenden Faktoren bei der Auswahl des Austragungsorts der Olympischen Spielen sein sollten", stellte Fernández fest

Faktoren bei der Auswahl des Austragungsortes für die Olympischen Spiele sein sollten", fügte Fernández an.

Der Funktionär wies darauf hin, daß das IOK die Städte der reichsten Länder ausgewählt habe. Dies beweise, daß dabei "übermäßige wirtschaftliche Interessen und andere

Elemente des Reichtums" eine Rolle spielten.

"Wir werden weiter kämpfen, um eines Tages das Ziel zu erreichen, einmal olympischer Austragungsort zu sein", äußerte Fernández, der auch kubanischer Vizepräsident ist.

"Das edle sportliche Ideal" zeige sich an den Errungenschaften und besonders im "Sport als eine reine Betätigung zur Erholung für alle", stellte er fest.

Einer Meinungsumfrage eines vom IOK beauftragten englischen Unternehmens im Februar in Havanna zufolge, hätten 90,3% der Hauptstädter die Bewerbung Kubas, die Spiele 2012 zu organisieren, unterstützt, gab Fernández bekannt.

Tage zuvor hatte er gesagt, zwölf staatliche Ministerien würden die Kandidatur unterstützen. Die Ausgaben sollten maximal reduziert, die vorhandenen Sporteinrichtungen repariert und das Olympische Dorf gebaut werden, dessen Wohnungen nach den Spielen der Bevölkerung zur Verfügung gestellt worden wären.

Erstmals meldete die Insel ihre Kandidatur für die Olympischen Spiele 2008 an, die schließlich an Beijing vergeben wurden.

AUCH BRASILIEN IST ENTTÄUSCHT

Die brasilianischen Sportfunktionäre brachten ebenso ihre Verwunderung und Enttäu-

schung zum Ausdruck, nachdem Rio de Janeiro aus dem Wettbewerb um den Sitz der Olympischen Spiele 2012 ausschied, berichtet die Nachrichtenagentur AP.

"Die Entscheidung überraschte und verursachte Enttäuschung, vor allem weil wir ein großes Projekt hatten", sagte der Präsident des Brasilianischen Olympischen Komitees, Arthur Nuzman, in Erklärungen, die im Portal der Webseite des Komitees erschienen.

Die brasilianischen Funktionäre hatten andere Erwartungen. Rio wird als erste Stadt in Südamerika im Juni die Olympiafackel empfangen und 2007 Gastgeberin der Panamerikanischen Spiele sein. Viele sahen in ihr die Favoritin für die Olympischen Spiele, weil sie sich auch als Austragungsort für die Fußball-WM 2014 beworben hatte.

Die Vorauswahl des Exekutiv Ausschusses des IOK fand auf der Grundlage eines Berichts über die Einrichtungen und die technischen Möglichkeiten der neun Bewerberstädte statt.

Damit hat ein vierzehnmonatiger Kampf begonnen. Das Plenum der IOK-Versammlung gibt dann auf seinem Kongreß in Singapur, im Juli 2005, den Gewinner bekannt. IOK-Präsident Jacques Rogge wies aber darauf hin, daß die IOK-Leitung im Mai 2005 die Bewerberliste noch einmal kürzen könnte, wenn das Bewertungskomitee "ernste Mängel" bei einem der verbliebenen fünf Bewerber feststellt. •

Judo-Damen bringen "Salsa" in die Olympiade

• AMARILYS Savón ist die Bannerträgerin der kubanischen Damen-Judomannschaft, die "Salsa" in die Olympiade bringen will. Der Weltmeisterin in der 52-kg-Klasse wurde von Humberto Rodríguez, dem Präsidenten des kubanischen Sportinstituts, vor der Abreise nach Europa die Nationalflagge feierlich überreicht.

Die Judo-Damen werden an den Turnieren in Rom, Vilnius und Lissabon teilnehmen und ihre Vorbereitung für Athen in Toulouse, Frankreich, beenden.

Der Mannschaft gehören an: Vizeweltmeisterin Driulis González (63 kg), Bronze bei den Olympischen Spielen 1992, Gold 1996 und Silber 2000; die Vizeweltmeisterinnen Daima Beltrán (über 78 kg) und Yurisel Laborde (78 kg); Anaís Hernández (70 kg), dritte bei den Weltmeisterschaften, Yurisleidy Lupetey (57 kg) und Yamila Zambrano (48 kg).

AMARILYS SAVON SETZT AUF GOLD

In der Damenmannschaft qualifizierte sich je eine Vertreterin in den sieben Gewichtsklassen für Athen. Ihr Ziel ist, den ersten Platz in der Mannschaftswertung von Sydney zu verteidigen, den sie mit zwei Gold- und zwei Silbermedaillen errang.

Savón brachte Granma Internacional gegenüber ihren Optimismus zum Ausdruck: "Unsere Erfahrung und die intensive Arbeit läßt uns auf einen Sieg in Athen vertrauen. Ich persönlich möchte dieses Mal die Goldmedaille", sagt die Judoka, die bei den Olympischen Spielen 1992 und 1996 in der 48-kg-Klasse Bronze gewonnen hatte.

Für die 30-jährige Athletin aus Santiago de Cuba sind das die vierten Olympischen Spiele: "Ich stehe nicht unter Druck, ich wüßte nicht warum. Ich habe mich gut vorbereitet. Wir haben einen Monat lang in Ecuador ein Höhenttraining absolviert." In ihrer Gewichtsklasse sieht sie in den Japanerinnen, Chinesinnen und Koreanerinnen, aber auch in den Französinnen ihre größten Rivalinnen. Sie seien sehr schwer zu schlagen, sagt sie.

Zwei Jahre lang hat Savón kein Tatami betreten. Sie hat ihre kleine Tochter Lorena, die jetzt drei Jahre alt ist, betreut, die "schönste Medaille meines Lebens."

Gewöhnlich, so berichtet sie, trainiert sie zweimal täglich Judo-Technik, hebt Gewichte und läuft. Ihre Kraft auf der Matte kommt "von meinem Kampfgeist, meinem Willen und meiner Liebe zu dem Sport."

Dem Judo-Sport habe die Diplomatsportlerin alles zu verdanken: "Im Leben wie auf dem Tatami bin ich beharrlich und entschlossen." Athen werde ihr letzter großer Wettkampf sein, gesteht sie, "danach werde ich mich Lorena widmen und abtrainieren. Ich weiß, daß ich meinen Sport sehr vermissen werde, aber ich brauche auch eine Ruhepause."

DRIULIS GONZALEZ STREBT NACH EINER VIERTEN OLYMPIAMEDAILLE

Die Olympiasiegerin von Atlanta '96, Driulis González, die auch in Barcelona '92 Bronze und in Sydney 2000 in der 57-kg-Klasse Silber gewann, wird allerdings in Athen in der 63-kg-Klasse um die Goldmedaille kämpfen.

"Es ist mit acht beachtlichen Judoka eine sehr starke Gruppe. Ich möchte mich nicht festlegen, werde aber keine Anstrengungen scheuen, um meinem Volk die Medaille zu erobern, die es immer von mir erwartet", verspricht sie.

Ihr kleiner Sohn Peter, zweieinhalb Jahre alt, sei ihre größte Verpflichtung: "Er ist sehr lebhaft. Wenn ich trainiere, möchte er auch seinen Kimono anziehen und mit mir üben. Sehr gern schaut er sich auch meine Kämpfe auf Video an", sagt González.

Nach Athen werde auch sie Abschied nehmen: "Dieser Tag wird sehr traurig für mich sein, das weiß ich. Aber das wird erst nach Athen sein. Ich möchte mich nicht völlig von diesem Sport trennen. Meine Kenntnisse würde ich gern an die zukünftigen Generationen weitergeben."

DEN MANNSCHAFTSTITEL VERTEIDIGEN

"Für einen Sportler gibt es nichts Größeres als die Olympischen Spiele. Seit ich angefangen habe, denke ich an sie", sagt Mannschaftsführerin Yurisleidy Lupetey.

Die Welt- und Panamerikanische Meisterin in der 57-kg-Klasse erinnerte sich, daß sie als Fünfjährige ein Judoturnier in ihrer Stadt Holguín, im Osten Kubas, sah. "Ich sah die Olympiasiegerin Odalis Revé und war sehr beeindruckt. Danach wollte ich selbst lernen, wie ein Ippon gemacht wird. Mein Vater lehrte mich die Übungen. Ich begann mit Volleyball, war dafür aber zu klein und wechselte zu Judo. Dort bin ich bis heute."

Die strahlende und imposante Vizeolympiasiegerin in der Klasse über 78-kg, Daima Beltrán, begann ohne Umschweife: "Ich kämpfe um Gold, alle Rivalinnen sind stark und ich habe Achtung vor ihnen."

Die Vizeweltmeisterin in der 78-kg-Klasse, Yurisel Laborde gab ihre Nervosität zwei Monate vor ihren ersten Olympischen Spielen zu: "Ich wäre schon gern in Athen, du weißt, wir Judosportlerinnen haben eine große Verpflichtung."

Ihre größte Rivalin sei die Französin Celine Lebraun und die Japanerin, "aber ich vertraue auf meine Vorbereitung und auf meinen Mut auf der Matte. Ich habe Möglichkeiten eine Medaille zu erreichen, es soll die goldene sein."

Die Neulinge Anaís Hernández, 70 kg, 22 Jahre alt, und Yamila Zambrano, 48 kg, 18 Jahre alt, wollen auch auf das Siegerpodium. "Ich gewöhne mich an diese Klasse. Auf der Europareise werde ich die Vorbereitung beenden und gedenke



Amarilys Savón kämpft in Athen um die Goldmedaille

nicht, meinen Kameradinnen nachzustehen. Auch ich hoffe auf eine Medaille", so Anaís.

Zambrano, die in diesem Jahr zur Mannschaft gekommen ist, äußert: "Ich bin nervös, die Verantwortung ist groß. Aber im Winter konnte ich mich bei den Auslandsturnieren behaupten. Vielleicht bin ich zu einer Überraschung fähig."

Trainer Rolando Veitia stellt fest: "Olympische Verpflichtungen sind immer groß. Aber unsere Damenmannschaft nimmt in Athen mit der Aura des ersten Platzes von Sydney teil. Ich werde nicht von Medaillen reden und mich nicht mit Prognosen verpflichten. Aber alle sollen wissen, daß die Kämpferinnen ihr Herz hergeben werden, um gut abzuschneiden."

Die Damenmannschaft errang in Sydney mit zwei Gold- und zwei Silbermedaillen den ersten Platz.

Die Männermannschaft wird Yordanis Arencibia, Bronzemedallengewinner der Weltmeisterschaften (66 kg) angeführt, in der Gabriel Arteaga (81 kg), Yordanis Despaigne (90 kg), Oreidis Despaigne (mehr als 100 kg) und Rubén Martínez (73 kg) antreten.

Justo Noda, der Trainer der Männer will keine Voraussagen machen: "Wir werden die Vorbereitungen auf der zwei-monatigen Europareise beenden und versuchen, die fehlenden Kämpfe vom Winter aufzuholen. Wir setzen auf den Kampfgeist und das Talent der Männer. Sie brachten seit den Olympischen Spielen 1976 immer eine Medaille nach Hause."

Vor vier Jahren in Sydney gewann Manolo Poulot die Bronzemedaille in der 60-kg-Klasse. (AMG) •

Das Video über den im Irak enthaupteten US-Amerikaner war eine Fälschung der CIA

• Details dazu, wie das Internet genutzt wurde, um es zu verbreiten. • Diverse Anomalien beweisen den Betrug. • Die Fehler der Macher

MANUEL FREYTAS*

• DAS Video mit der Inszenierung der vermeintlichen Enthauptung des US-Bürgers Nicholas Berg durch eine islamische Gruppe wurde ursprünglich über die US-Fernsehsender Fox News und CNN sowie die britische BBC verbreitet.

Am 12. Mai sorgte es für Bestürzung in der ganzen Welt. Am darauffolgenden Tag bestätigte die CIA seine "Echtheit" und nannte den Namen des Täters: der jordanische "Terrorist" Abu Moussab Zarkawi.

Von der Existenz dieses Videos berichteten - mehreren Quellen zufolge - am 12. Mai die Korrespondenten der Presseagentur Reuters in Dubai.

Angeblich haben Fox News, CNN und BBC, ohne zu wissen, wer sie informiert hatte, eine Stunde danach die Bilder der Webseite <http://www.al-ansar.biz/> übernommen und sie dann auf dem ganzen Erdball ausgestrahlt.

Mysteriöserweise ist das Video, nachdem die drei großen es übernommen hatten, von dem Server "verschwunden". Die übrigen Sender, auch die arabischen, konnten so besagtes Dokument nicht verbreiten.

Diese Situation führte dazu, daß das Monopol zur Verbreitung des Videos in den Händen von Fox News, CNN und BBC blieb, die von Experten als traditionelle Medienfabriken der CIA bezeichnet werden.

Die Webseite, wo das Video ursprünglich öffentlich wurde, befand sich bei einer Gesellschaft in Malaysia. Diese entfernte es aus dem Internet, was zur Folge hat, daß es heute nicht mehr existiert.

Der Eigentümer der Internetadresse ist die Arab Press House, einer Pressegesellschaft mit Sitz in London, die keinerlei Verbindung zu Islamisten hat.

DIE FÄLSCHUNG

Später erschienen auf der arabischen Webseite Die Stimme Aztlans (http://www.aztlan.net/berg_abu_ghraib_video.htm) Untersuchungsergebnisse und Beweise, die das Video über die Enthauptung des Nicholas Berg als eine Fälschung bloßstellten.

Die Verantwortlichen der *Voz de Aztlan* führen an, der Film sei von ihrer Webseite aus von Hunderten von Experten für Montagen und spezielle Effekte, Ärzten und verschiedenen Sachverständigen analysiert worden, die zu dem Schluß kamen, daß es sich um eine Montage handele.

Sie erklären, daß die angegebene Webseite <http://www.al-ansar.biz/> sofort geschlossen worden sei, als die erwähnten großen Sender mit der weltweiten Verbreitung des Films begonnen hatten.

Schlagzeilen wie "Islamische Terroristen enthaupten US-Amerikaner im Irak" kündigten die Übertragung an, bei der nur kurze Teile des gefälschten Films zu sehen waren.

Anhand des vollständigen Videos könnten die Fälschungen noch genauer bewiesen werden, die beim bloßen Hinschauen schon ins Auge fielen. Eingehende Analysen bestätigten diese Angaben.

Die im Film festgestellte Fehler bestätigen, daß es sich um einen Betrug handelt, meldet die *Voz de Aztlan*. Der Leser kann sie anhand der Analysen in http://www.aztlan.net/berg_abu_ghraib_video.htm finden.

INKOHÄRENZEN

- Um die Szene der Enthauptung herauszustellen, wurde der Film zusammengeschnitten. Aber der Schnitt des Tons unterscheidet sich von dem des Bildes. Es scheint, als sei der Ton später aufgenommen worden. So ist es unmöglich zu erken-



Aufnahme der von der CIA inszenierten, falschen Enthauptung (Foto im Original unscharf)

nen, ob die das Todesurteil verkündende Stimme die des Mörders ist, und ob die Schreie vom Opfer stammen.

- Die lächerliche Kleidung der Entführer hat nichts mit der typischen Bekleidung der in einem blutigen Krieg kämpfenden irakischen Widerstandsgruppen zu tun. Die Notwendigkeit, die Terroristen in "Uniformen" zu präsentieren - alle sind auf dem Video gleich gekleidet - scheinen eher dem medialen Interesse nach Action zu entsprechen.

- Berg sitzt auf einem Stuhl, der den Stühlen auf den Folterfotos aus dem Gefängnis Abu Ghraib, in Bagdad gleicht.

- Die maskierten Personen präsentieren sich als Islamisten und sprühen vor Haß. Einer, mit einem Goldring am Finger - etwas was den islamischen Fundamentalisten streng verboten ist - zieht ein Messer und enthauptet Berg.

- Zwei der "arabischen Terroristen" führen während der Szene ihre linke Hand zum Gesicht. Eine ungewöhnliche Geste und Unachtsamkeit, da in der arabischen Kultur die linke Hand der Hygiene vorbehalten ist und niemals das Gesicht berühren darf.

- Die bei der Enthauptung des Opfers angewandte Methode, mit einem militärischen Sägemesser, erinnert an das Ritual Abrahams, und ist unter den gegebenen Umständen völlig unpassend.

- Die Enthauptungen erfolgen im allgemeinen mit einem kräftigen trockenen Schlag, der mit einem schweren scharfen Schwert oder Säbel ausgeführt wird. Selbst wenn eine Axt verwendet wird, ist diese sehr scharf.

- Während seines Aufenthalts im Irak arbeitete Berg an dem Turm von Abu Ghraib, dem Gefängnis, das durch die von US-Soldaten angewendeten Folterungen gegen irakische Gefangene traurige Bekanntheit erlangte.

- Nicholas Berg wurde am 24. März ohne seine Ausweispapiere von dem Kommandanten der Koalitionskräfte, die den Irak besetzt halten, verhaftet. Er wurde angeblich solange gefangen gehalten, wie man brauchte, um ihn zu identifizieren.

- Die Besatzungskräfte der Koalition entdeckten vor der Verbreitung des Videos einen enthaupteten Körper, den sie als den von Nicholas Berg identifizierten. Die Leiche wurde in die USA gebracht und eingäschert.

DIE SPUREN DER CIA

Am 12. Mai hat die CIA mit dem Video der Enthauptung ein weiteres "Auftauchen von Al Qaeda" verbreitet, mit dem offensichtlichen Ziel, die Medienkampagne "zu neutra-

lisieren" oder besser von den Fotos der gefolterten irakischen Gefangenen abzulenken, die, letzten Umfragen zufolge, Bush auf den Tiefpunkt seiner Popularität geführt haben.

Das Video über die Enthauptung, das den imperialistischen Medien von dem Sektor der CIA übergeben wurde, der den Wahlkampf Bushs unterstützt, sollte das Interesse von den Folterungen der irakischen Gefangenen durch US-Soldaten ablenken, und den arabischen Widerstand als noch

"barbarischer" als die US-Amerikaner hinstellen. Damit wollte man Bush und seine Regierung aus dem Schußfeld des Skandals nehmen.

Die angewandte Methode beruht auf Wiederholungen und könnte aus einem Lehrbuch stammen:

A) Eine islamische Gruppe, die Al Qaeda zugerechnet wird, begeht einen Mord oder einen Terrorakt.

B) Während der Tat wird der Koran und der Heilige Krieg zitiert und Drohungen gegen Bush, die USA oder europäische Staatsführer ausgestoßen.

C) Die internationalen Informationsmedien (Tageszeitungen, Funk und Fernsehen), vor allem englische und US-amerikanische, verbreiten die Tat sofort massiv und weltweit.

D) Stunden nach dem Attentat oder Mord "bestätigt" die CIA die Zugehörigkeit der Gruppe zum Al Qaeda Netzwerk und enthüllt die "Identitäten" der Terroristen, die die Operation leiteten.

E) Die Funktionäre des Weißen Hauses, mit Bush an der Spitze, verurteilen die Tat und bekräftigen ihren "Krieg gegen den Terrorismus".

Wer diese Methode überprüfen will, braucht nur auf das nächste "Auftauchen von Al Qaeda" zu warten und die Schritte in ihrer Abfolge zu notieren.

Vom 11. September bis heute dienten diese CIA-Operationen mit dem "Terror von Al Qaeda" u. a. zur Rechtfertigung der Invasion und militärischen Besetzung von Afghanistan und dem Irak.

Heute benutzt die Pro-Bush-CIA diese psycho-medialen Operationen zur Kontrolle des Weißen Hauses. Die Demokraten benutzen einen anderen Sektor der CIA und der US-Geheimdienste, um der Familie Bush die Regierung des Imperiums (und die Geschäfte) aus den Händen zu reißen.

*Fragmente aus *Rebellion*

NICHOLAS BERG

Das Handelsunternehmen der Familie Berg (Vater und Sohn) erschienen in der Liste der "Staatsfeinde" auf der Bush-freundlichen Webseite *freerepublic*. Der Vater hatte sich der Antikriegsbewegung A.N.S.W.E.R. unter Leitung von Ramsey Clark angeschlossen.

Während eines Studienaufenthalts in Oklahoma hatte Nicholas Berg die E-Mail-Adresse und sein Passwort jemandem geliehen, den er nicht kannte und der beides einem Dritten weitergab, von dem man sagt, er sei ein enger Mitarbeiter von Zacarias Moussaoui, dem Franzosen, der wegen Mittäterschaft an den Attentaten des 11. September angeklagt worden ist. Berg wurde später vom FBI vernommen, das die Unschuld Bergs aufklärte und bestätigte. Aber Carol Devine-Molin (von *enterstage-right.com*) sagte, Nicholas Berg sei während seiner Festnahme im Irak, also lange nach dem 11. September, erneut von US-Kräften vernommen worden und später in Bagdad verschwunden. Diese Hypothese würde bestätigen, daß das FBI ernsthafte Zweifel bezüglich seiner Person hegte.

Wie die *Seattle Post Intelligencer* schreibt, "arbeitete Berg zuvor im Dezember und Januar im Irak, um im März wiederzukommen. Er überprüfte die Kommunikationseinrichtungen seines Unternehmens. Viele von ihnen waren schon vom Krieg oder den Plünderern zerstört worden. Berg arbeitete während seines Aufenthalts im Irak an dem Turm des inzwischen berühmten Gefängnisses Abu Ghraib". Bei seinen Arbeiten begleitete ihn Aziz Kadoory Aziz alias Aziz al Tae. Berg hatte seine Arbeiten an Sendetürmen mit diesem Mann begonnen. Aber Aziz Kadoory Aziz ist auch Gründer des Rates Irak-USA und ein glühender Verfechter der Invasion seines Landes. Er ist mehrmals als Redner in dem US-Fernsehsender Fox News aufgetreten. Er organisierte außerdem noch vor Kriegsausbruch mehrere Kundgebungen zur Unterstützung der Truppen. Er steht in Verdacht, CIA-Agent zu sein.

Der Londoner Tageszeitung *Guardian* zufolge hat das Unternehmen Bergs einen Vertrag im Rahmen des Iraqia Media Network (ein Programm der NED/CIA) erhalten. Nur als vertrauenswürdig geltende Unternehmen konnten mit Aufträgen oder Verträgen im Bereich der Telekommunikation in Abu Ghraib oder des Iraqia Media Network rechnen.

Als Nicholas Berg ohne seine Ausweispapiere verhaftet wurde, rief seine Familie in den USA vergeblich das Konsulat an, um seine Freilassung zu erwirken. Am 5. April erstattete sie deswegen Strafanzeige gegen die US-Behörden. Um den 8. April herum wurde Berg entlassen. In dieser Zeit war er dreimal vom FBI vernommen worden. Die Behörden erklärten, sie hätten versucht, ihn davon zu überzeugen, das Land aus Sicherheitsgründen zu verlassen, hätten aber nichts unternommen, um ihn zwangsweise abzuschleppen. •

Bei anderen gelesen

La Jornada

Staatsstreich in Washington?

JORGE CAMIL- aus *La Jornada*

• ALS ich endlich *The price of loyalty* von Ron Suskind gelesen hatte, begriff ich, warum das Buch Aufsehen unter den politischen Analytikern der USA hervorrief. Aufgebaut auf Berichten von Paul O'Neill, dem ersten Finanzminister von George W. Bush, und Dokumenten, die dieser nach seinem Rücktritt aufbewahrt hat, ist es eine verheerende Zeugenaussage gegen die jetzige Regierung. Nach den ersten 100 Seiten (von insgesamt 331) ist der Leser davon überzeugt, daß die Exekutivgewalt von einer kleinen Gruppe von Neokonservativen mit Dick Cheney an der Spitze ausgeführt wird, und zwar mit Wissen und Billigung eines Präsidenten, der die Themen der nationalen und internationalen Agenda weder kennt noch versteht (und dem sie wahrscheinlich auch völlig gleichgültig sind).

In der Darstellung O'Neills ist Bush ein Mann ohne Substanz, ohne Ideen, ohne Programm, ein Ignorant in Bezug auf die Realität und die Geschichte der US-Gesellschaft; ein Provinzler, der nichts liest (nicht einmal die Berichte seiner Minister: er zieht es vor, sich mit ihnen zu unterhalten) und der bereits in der ersten Woche auf den Vorsitz des Nationalen Sicherheitsrates zu Gunsten der ehrgeizigen Condoleezza Rice verzichtete: "Ich werde hin und wieder teilnehmen", kündigte er an, "und Condi wird mir über die Ergebnisse berichten."

Für O'Neill, einem erfolgreichen Unternehmer, gewöhnt an multinationale Unternehmen, wo jede Information als Grundlage eine Entscheidung analysiert und diskutiert wird, war es schwer, diese Haltung zu akzeptieren. Er stellte fest, daß Bush die Kabinettsitzungen leitete als sei er abwesend oder zerstreut. Er vermeide jeglichen intellektuellen Austausch und treffe Entscheidungen mit vorbereiteten Phrasen, die er gebetsmühlenartig wiederholt auch wenn sie überhaupt keinen Bezug zum Thema haben ("wir müssen unsere Prinzipien bekräftigen; konsequent handeln").

Nach den ersten Sitzungen, beeindruckt von den Effekten dessen, was die Spanier als "Dialoge von Trotteln" bezeichnen wür-



Rumsfeld (auf dem Foto), Rice und Wolfowitz sind Mitglieder der von Cheney geleiteten Gruppe, die im Hintergrund die Regierung kontrolliert

den, schlußfolgerte er, der Präsident "sei ein Blinder umgeben von Leuten die taub sind". In den Kurzberatungen war es noch schlimmer. Der Ex-Minister erschien zu den wöchentlichen Zusammenkünften mit den Kopien der Berichte, die dem Präsidenten im Voraus zugesandt worden waren, und mußte feststellen, daß diesem die Themen unbekannt waren und er sich darauf beschränkte, ihn anzustarren. Diese Haltung, von der O'Neill anfangs glaubte, es handle sich um eine scharfsinnige Strategie, um die professionelle Fähigkeit des Ministers auszuloten, schien ihm später eher dem Wunsch des Präsidenten zu entsprechen,

jedes körperliche Zeichen vermeiden zu wollen, das den Finanzmärkten falsche Botschaften senden könnten.

"Es war unglaublich!", sagt O'Neill, der eine aufschlußreiche Information über die Invasion im Irak mitteilt: In der zweiten Beratung des Sicherheitsrates, zehn Tage nach Amtsantritt und sieben Monate vor dem 11. September, enthielt die Agenda zur Überraschung der Anwesenden einen CIA-Bericht über den Irak (*Die anzuwendende Politik*) und einen *Politisch-militärischen Plan um den Irak nach Saddam zu kontrollieren*. Offensichtlich hatten Donald

Rumsfeld und Cheney (der von Rumsfeld 'Gummihandschuh' genannt wird, da er niemals Spuren hinterläßt) nach einem Monat der Regierungsübernahme den Überfall auf den Irak bereits beschlossen und fragten nicht nach dem "Warum", sondern nach dem "Wann" und "so schnell wie möglich".

Nach dem ersten Jahr wurde ihm klar, daß er eingeladen war, um sich als Statist an einer Regierung zu beteiligen, in der dem Präsident die Themen der nationalen Agenda und die Folgen seiner internationalen Politik unbekannt waren, während die Entscheidungen und die offizielle Politik von einer Gruppe von Leuten getroffen und formuliert wurde, die auf eigene Rechnung handelten. O'Neill zufolge werden alle Themen direkt oder indirekt von einer von Cheney geleiteten Gruppe kontrolliert, der Rumsfeld, Rice, Paul Wolfowitz und so neokonservative Ideologen wie Karl Rove und Richard Perle angehören. Sie sind es, die die Regierungspolitik festlegen und die letzten Endes auch regieren. Man muß sich vergegenwärtigen, daß alle Mitglieder der Gruppe, einschließlich Andrew Card, der Leiter des Büros des Weißen Hauses, enge Freunde von Bush senior sind oder ehemalige Mitglieder seines Kabinetts. Die Umstände nötigen zu der Frage, ob Cheney und seine Gruppe von Regierungsbeginn an den Willen Bush's dominierten (einige Medien brachten diesen Verdacht vor dem 11. September zum Ausdruck), oder ob sie insgeheim für Bush's Vater arbeiten, womit dies dann praktisch dessen zweite Amtszeit wäre.

Egal welche dieser Optionen zutrifft, würde es angesichts des Risses, der durch die US-Gesellschaft geht, nicht verwundern, wenn sie das Ergebnis eines Putsches wäre, darauf gerichtet, die rechten Fundamentalisten zu stärken. Bei der Vorstellung seines alarmierenden Buches gegen die Bush-Regierung, *Plan of Attack* (Angriffsplan), enthüllte der Journalist Bob Woodward, daß der Präsident, als er ihn gefragt hatte, ob ihn die historische Wahrnehmung seiner Regierung zum Thema Irak Sorge bereite, die Arme ausgestreckt habe und mit der Schulter zuckend geantwortet habe: "Die Geschichte...? Dann werden wir alle tot sein..." •

Tragödie im Pazifik

BORIS LEONARDO CARO
- Granma Internacional

• Der Inselstaat Tuvalu verschwindet im Meer

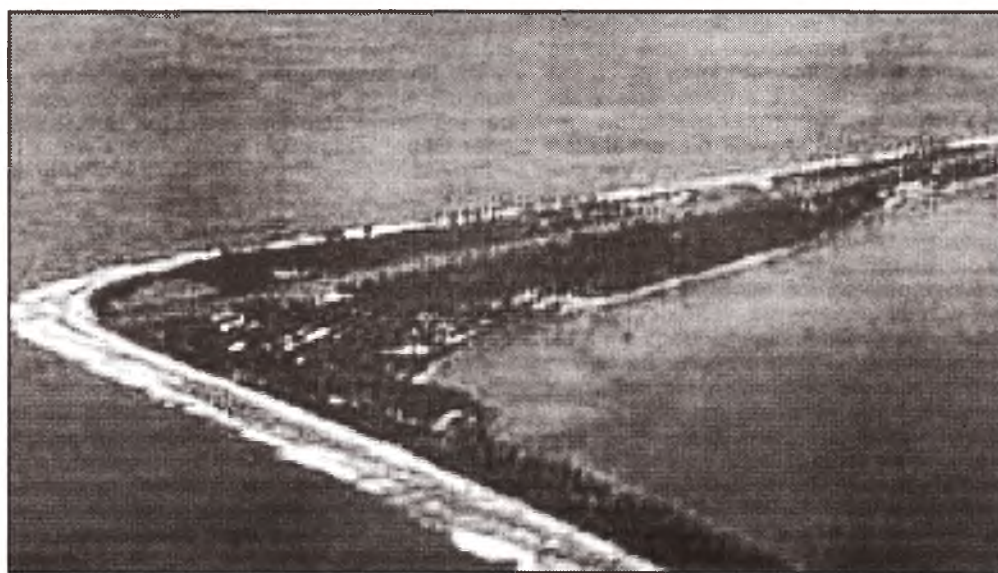
• LANGSAM schreitet der Tod voran. Mit jeder Welle rückt er näher. 11.500 Menschen warten darauf, daß die nächste Flut ihnen das letzte Stückchen Boden entreißt, das sie noch besitzen. Sie sind auf einem verlorenen Punkt in der Unendlichkeit des Ozeans gefangen. Ohne die Möglichkeit zu entkommen.

1992 erklärte die internationale wissenschaftliche Gemeinschaft den Archipel Tuvalu, eine kleine unabhängige Nation in Ozeanien, als "das erste Opfer der Erderwärmung". Das mögliche Verschwinden ganzer Länder im Meer alarmierte die Welt, aber niemand hat auch nur einen Finger gerührt, um die Situation zu verändern.

Zwölf Jahre danach haben die anhaltenden Riesenfluten den größten Teil von Tuvalu zerstört. Die Wellen haben die kleine Landebahn des nationalen Flugplatzes unbrauchbar gemacht und die Wasser- und Nahrungsmittelvorräte dezimiert. In wenigen Tagen könnte das Desaster einen Teil der Infrastruktur der Hauptstadt Fongafale erreichen.

Die Regierung des Inselstaats bat Neuseeland und Australien um Hilfe. Diese aber, ihrer intoleranten Immigrationspolitik folgend, haben sich geweigert, die Tuvaluer aufzunehmen.

In Fongafale haben die Leute beschlossen, sich dem Schicksal zu fügen. Sie tanzen, singen und beten, doch niemand scheint von der Insel fliehen zu wollen. "Solange noch eine Handbreit Erde über dem Meer vorhanden ist, bleiben die Leute hier und verteidigen ihren Boden", äußerte Premierminister Saufata Sopoaga. Seine Regierung klagt die Industrieländer als Ur-



Der Tod schreitet mit jeder Welle unaufhaltsam voran

heber der Erderwärmung an, die dafür verantwortlich ist, daß zahlreiche Atolle im Pazifik von der Erdoberfläche weggewischt werden.

Tuvalu wurde 1568 von dem Spanier Alvaro Mendaña y Neyra entdeckt. Die höchste Erhebung übersteigt den Meeresspiegel um kaum viereinhalb Meter. •



Unser Amerika



Brasilien-China: ein Schritt in die Zukunft

• 30. Jahrestag der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen

FELIX CAPOTE
- Granma Internacional

• DER Besuch des brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva mit neun Ministern und mehr als 400 Geschäftsleuten in der Volksrepublik China, vom 21. bis 27. Mai, hat für beide Länder eine große Bedeutung.

Der Staatschef hatte die Reise in seinem 14-tägigen Radioprogramm *Café con el Presidente*, dessen nächste Ausgabe zu dieser Gelegenheit aus Beijing oder Shanghai gesendet werden sollte, angekündigt und damit großes Interesse sowohl in den internationalen Medien als auch in Brasilien geweckt.

Lula persönlich definierte sie "als eine große Reise der brasilianischen Regierung, um große Geschäfte zu machen. Nicht nur um unsere Handelsbeziehungen zu China zu festigen, sondern damit brasilianische und chinesische Unternehmen die Gelegenheit haben, sich zusammenzuschließen und wir dann hier wie dort Investitionen bekommen".

Der Präsident reiste mit den Ministern für Auswärtige Angelegenheiten, Celso Amorim, für Entwicklung, Luis Fernando Furlan, Planung, Guido Mantega, Landwirtschaft, Roberto Rodrigues, Finanzen, Antonio Falocci, Wissenschaft und Technik, Eduardo Campos, und für Soziale Entwicklung, Patrus Ananias, sowie mehreren Gouverneuren, die an chinesischen Investitionen in ihren Bundesstaaten interessiert sind.

Sie wurden von einer Delegation von 420 Unternehmern aus 15 Wirtschaftsgruppen begleitet, die von Informationstechnik, Luftfahrt und Flugzeugbau bis hin zu Nahrungsmitteln, Leder, Schuhe, Mode und Möbeln reichten.

Mit dem am 17. Mai angekündigten, aber schon lange vorbereiteten Besuch erfüllt Lula ein Versprechen, so die Tageszeitung *Correio Brasiliense*, das er der chinesischen Führung bei seinem Besuch im Mai 2001 gegeben hatte.

Die Reise fällt mit dem 30. Jahrestag der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern, im Jahre 1974, zusammen und ist die Krönung eines beträchtlichen Anstiegs des Warenaustauschs und der bilateralen technischen Zusammenarbeit, die selbst die Raumfahrt einschließt und in deren Rahmen bereits zwei Satelliten in den Weltraum geschickt wurden, die mit Sensoren ausgestattet sind, die Bodenschätze erkunden können. An zwei anderen, noch höher entwickelten, werde gegenwärtig gearbeitet.

Mit Importen, in Höhe von 4,533 Milliarden Dollar, von Eisen, Hüttenerzeugnissen, Soja, Papier und Zellulose, Leder, Holz, Fahrzeugen und Autoteilen war China im Jahre 2003 drittgrößter Kunde Brasiliens nach den USA und Argentinien.



Die Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva und Hu Jintao in Beijing

Brasilien importierte aus China Ausrüstungen und Elektronikkomponenten, Maschinen, Erzeugnisse der organischen Chemie und optische Instrumente in Höhe von insgesamt 2,147 Milliarden Dollar.

Seit mehr als zehn Jahren begannen China und Brasilien das Projekt einer "strategischen Gemeinschaft", der zufolge der Warenaustausch und die technische Zusammenarbeit wesentlich anstiegen, ebenso ihre Kooperation in internationalen Foren. Höchster Ausdruck dessen war die Gründung der Gruppe der 20 (G20), deren Mitglieder Länder sind, die in der Welt Handelsorganisation (WTO) die Beseitigung der Subventionen der Europäischen Union und der USA für Agrarerzeugnisse fordern.

Diese Zusammenarbeit spiegelt sich auch in der Unterstützung wider, die Beijing der Absicht des südamerikanischen Riesen dabei gewährt, einen Platz unter den ständigen Mitgliedern (mit Vetorecht) des UN-Sicherheitsrats einzunehmen.

Zu den Projekten, die Lula und seine Begleiter ihren Gastgebern vorstellten, zählen die Beteiligung an der Sanierung der Eisenbahnen und Häfen, die für die Beförderung und den Export von Soja und Eisenerz benutzt werden, der Bau einer Gaspipeline, ein Gemeinschaftsunternehmen zur Suche nach Erdöl in afrikanischen Ländern wie Sao Tomé und Príncipe, und die Möglichkeit, in China Alkohol als Treibstoff für Fahrzeuge zu verwenden.

Zur Umsetzung dieser Programme wird das staatliche Unternehmen Petrobras ein Büro in Beijing einrichten, und die brasilianischen Luftfahrtgesellschaften werden Direktflüge in das asiatische Land einrichten.

Gleichzeitig mit diesem Chinabesuch der größten Handelsmission in der Geschichte Brasiliens, wurde formell auch der Unternehmensrat Brasilien-China gegründet. Das entsprechende Protokoll hatte man im April in Brasilien unterzeichnet.

Lula und seine Begleiter weilten bis zum 27. Mai in Beijing und Schanghai. Von dort aus reiste der brasilianische Staatschef nach Guadalajara in Mexiko, um an der 3. Gipfelkonferenz Lateinamerikas und der Karibik -mit der Europäische Union teilzunehmen. •

Chávez erklärt den Prozeß in Venezuela als antiimperialistisch

• CHARACAS, 16. Mai. - Präsident Hugo Chávez verkündete auf der Großkundgebung zur Unterstützung der Regierung an diesem Sonntag den Entschluß, den revolutionären Prozeß in Venezuela als antiimperialistisch zu proklamieren, berichtet Prensa Latina.

Der Staatschef gab eine tiefgehende Analyse der aktuellen Lage des Landes und erläuterte die Bedeutung der Festnahme einer Gruppe von kolumbianischen Paramilitärs in der vergangenen Woche, die verhinderte, daß sie Militäreinheiten angreifen und Aktionen, um ihn zu töten, beginnen konnten, heißt es in der Meldung.

Ermittlungen von Einheiten der Staatssicherheit und von Militärstaatsanwälten sowie zusätzliche Untersuchungen der Regierung führten zu der Erkenntnis, daß in mehreren Gebieten der Nation paramilitärische Einheiten zu Aktionen bereit stehen, sobald sich die Gelegenheit dazu bietet.

Schließe man im Prinzip auch aus, daß diese Kräfte allein die Regierung stürzen könnten, zweifle man nicht daran, daß die physische Beseitigung des Präsidenten und Angriffe auf Militäreinrichtungen Chaos und Destabilisierung hervorrufen würden, stellte der Präsident heraus.

Damit wäre das geeignete Klima für eine ausländische Intervention geschaffen, mit der die Gegner des venezolanischen Prozesses schon lange liebäugelten.

Nicht nur als Ausdruck der Vertiefung des Prozesses, sondern auch angesichts der Venezuela drohenden Gefahren sei es daher dringend notwendig, eine Verteidigungspolitik zu erarbeiten, mit der die Operationsfähigkeit der Streitkräfte unter Einbeziehung der gesamten Bevölkerung in den verschiedenen Verteidigungsebenen der Nation erhöht werden kann.

Es werde ein Kreuzweg sein, der auch dem Schutz der Errungenschaften der sozialen Programme wie *Barrio adentro* diene, das zwölf Millionen unbemittelten Einwohnern medizinische Betreuung gewährleistet, sowie den Plänen *Robinson*, *Ribas* und *Sucre*, die Bildungsmöglichkeiten für alle geschaffen haben.

Die Vertiefung der Regierungsrichtlinien hat außerdem zum Ziel, das Bodengesetz - von Großgrundbesitzern und korrupten Richtern hintergangen - voll umzusetzen, damit Tausende von Bauern das bisher unproduktive Land erhalten. •

DOMINKANISCHE REPUBLIK

Leonel Fernández ist zurück

MARÍA VICTORIA VALDÉS-RODDA
- Granma Internacional

• DIE Wähler ermöglichten mit 54 Prozent ihrer Stimmen Leonel Fernández (1996-2000) zum zweiten Mal Präsident zu werden. Er tritt das Amt am 16. August an. Der große Vorsprung des Kandidaten der Partido de la Liberación Dominicana (Partei der Dominikanischen Befreiung, PLD) widersprach den Gerüchten über einen möglichen zweiten Wahlgang, denn sein Gegner, das aktuelle Staatsoberhaupt Hipólito Mejía von der Regierungspartei Partido Revolucionario Dominicano (Dominikanische Revolutionäre Partei, PRD), erhielt nur 34 Prozent der Stimmen.

Angesichts der Niederlage sagte Mejía, nachdem sich die große Aufregung in der PRD wegen seiner zweiten Kandidatur gelegt hatte, er wolle seinen Nachfolger unterstützen. Gleichzeitig bedauerte er den Verlust von Menschenleben, zu dem es kurz vor Wahlen aufgrund von Konfrontationen gekommen war.

Doch auch, wenn man die Spekulationen beiseite läßt, so vertraute die dominikanische Gesellschaft - neun Millionen Einwohner und eine Million Emigranten - darauf, sich dem



noch regierenden Präsidenten der Republik und seinem Ley de Lemas (ein Gesetz, das die Wiederwahl des Präsidenten ermöglicht) entgegenzustellen. Zum einen, weil sie es leid war, daß die internen Angelegenheiten der PRD in der Öffentlichkeit ausgetragen wurden, zum anderen, und das war das wichtigere, wie Beobachter feststellten, weil sie damit die Hoffnung auf einen Ausweg aus der sozialen und wirtschaftlichen Krise des Landes verbanden.

Aus diesem Vorhaben heraus schlossen sich die Parteien Bloque Institucional Social Demócrata (Institutioneller Sozialdemokratischer Block), Trabajadores Dominicanos (Dominikanische Arbeiterpartei), Liberal de la República Dominicana (Liberale Partei der Dominikanischen Republik),

Fuerza Nacional Progresista (Nationale Fortschrittskraft), Unión Demócrata Cristiana (Christlich-Demokratische Union) und Alianza por la Democracia (Allianz für die Demokratie) um Leonel Fernández herum zusammen.

Nun kann Mejía, der den Satz prägte: "Wer gewinnt, gewinnt, und wer verliert, verliert", sich jetzt mit den Vorbereitungen zur Amtsübergabe an die neue Regierung beschäftigen, deren Agenda übervoll ist von ungelösten Angelegenheiten, die bei der unkontrollierbaren Abwertung (44 dominikanische Peso für einen Dollar) beginnen und bis zu einer hohen Inflationsrate (42,66%) reichen. Alles Aspekte, die zu einem steilen Anstieg der Spiritpreise führen.

Zudem steigt die Arbeitslosigkeit, im vergangenen Jahr waren es 16,8%, und die Zahl derer, die aus dem Sozialsystem herausfallen, 40% der Männer und Frauen gelten als arm.

In der kurzen Ansprache im nationalen Zentrum der PLD nach seinem Wahlsieg drückte Fernández sein Bedauern über die Toten der Vortage aus und rief zur Ruhe und nationalen Einheit auf.

Der Vorgänger bei der Einführung des Neoliberalismus auf der karibischen Insel gab zu, eine schwierige Lage vor sich zu haben, bestand aber darauf, keine Mühen zu scheuen, bei dem Versuch, die Lage umzukehren. Dazu muß er, Beobachter zufolge, die Zuckerquote erhöhen, den Technologietransfer fördern, Investitionen anlocken, einen Schuldenerlaß erreichen und schließlich zur Entwicklung von Energiequellen im Land beitragen, um das traurige Kapitel der langen Stromabschaltungen hinter sich zu lassen, ein Thema, das Inhalt so vieler Parodien und Schlager ist. •



Das Nacional, ein Symbol der Insel

NACH EINER UMFRAGE VON ELMUNDOVIJES.COM

Nacional - Das beste Hotel der Welt

• Kuba zur besten Insel und Varadero zum drittbesten Strand gewählt

FOTOS: AHMED VELAZQUEZ

• DAS Hotel Nacional de Cuba, von der UNESCO zum Weltkulturerbe erklärt und Symbol des kubanischen Hotelwesens, wurde von den Teilnehmern der 4. Umfra-

ge von elmundovijes.com zum besten Hotel der Welt auserkoren. Kuba schnitt als die beste Insel ab und der Strand von Varadero als der drittbeste aller schönen Strände der Erde.

Insgesamt 194 Hotels erhielten minde-

stens eine Stimme von den Teilnehmern der 4. Umfrage 'Die Besten von elmundovijes.com', aus der das Nacional de Cuba als das beste der Welt hervorging. Diese ausgezeichnete Einrichtung in Havanna war bei der Umfrage des Vorjahres bereits auf den dritten Platz gerückt.

Das mythische Hotel verdrängte den Gewinner von 2003, La Mamounia (Marakech, Marokko) auf den zweiten und das Pariser Ritz auf den dritten Platz, obwohl beide in diesem Jahr mehr Stimmen erhielten als im vergangenen Jahr.

Der Statistik der 4. Umfrage zufolge ist die Zahl der Stimmen für Hotels in Kuba, Mexiko und New York bemerkenswert angestiegen.

Das Hotel Nacional de Cuba der Kette Gran Caribe, hat mit dem Panoramablick auf den Hafen von Havanna, den Malecón und den Stadtteil Vedado, in dem es sich befindet, einen privilegierten Standort. Es blickt auf eine Geschichte von mehr als 70 Jahren zurück und wird wegen seiner Eleganz bevorzugt. Im Hotelsektor der Insel ist es eine der besten Einrichtungen.

Mit mehr als 400 Zimmern, die meisten mit Seeblick, davon 16 Suiten, eine Präsidentensuite, eine Etage für Geschäftsführer, ein Cybercafé, mehrere Bars, Restaurants, Cafeterias, Geschäfte, eine Casa del Habano und das berühmte Kabarett Parisiën, ist es unbedingt ein sehr vornehmer und besonderer Ort für den Tourismus auf der Insel.

Die Pracht des Hotel Nacional de Cuba hat in all diesen Jahren Hunderte von Persönlichkeiten wie etwa den Politiker Winston Churchill, die Künstler Frank Sinatra, Ava Gardner, Johnny Weissmüller, María Félix, Jorge Negrete, den Entdecker des Penizillin, Alexander Flemming und viele andere aufgenommen, die ihre Spuren zwischen den Gärten und den Salons der beeindruckenden Einrichtung hinterlassen haben.

(Aus: www.cubatravel.cu) •



Der Saal der Berühmtheiten des Nacional. Rechts eine aus Tabakblättern gefertigte Skulptur Winston Churchills